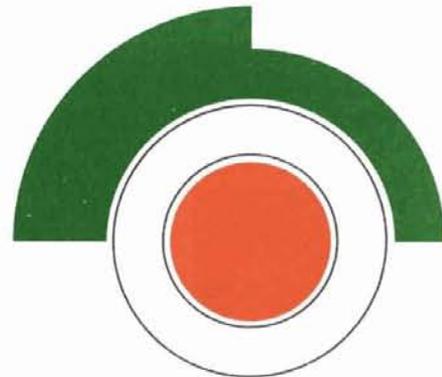


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 13



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 32. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 18.9.2001

Landtag gedenkt der Opfer des Terrors in den USA

Stilles Gedenken an die noch unbekanntene Zahl der Opfer und Mitgefühl mit den Angehörigen hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt in seiner Rede zu Beginn der Plenarsitzung am 12. September ausgedrückt. Der Präsident führte aus:

Seit dem gestrigen Tage ist nichts mehr, wie es war. Seit dem gestrigen Tag, an dem eine verheerende Welle des Terrors die Vereinigten Staaten von Amerika überrollte, sind wir aufgewühlt, sind wir fassungslos, hilflos und auch wütend über das Ausmaß von Gewalt und Hass, zu dem Menschen fähig sein können. Der Landtag Nordrhein-Westfalen, das ganze Land und seine 18 Millionen Menschen gedenken der vielen tausend Toten. Wir sind mit unseren Gedanken bei den Opfern, deren Familien und den Vereinigten Staaten von Amerika. Ihnen allen gilt unser Mitgefühl. Vielleicht ist es Ihnen so ergangen wie mir: In einer Nacht voller Unruhe hatte ich die Bilder immer wieder vor Augen, die einstürzenden Türme des World Trade Centers, das in Feuer aufgehende Pentagon sowie die voller Angst und Schmerz verzerrten Gesichter von Opfern und Einsatzkräften. Sie machen uns bewusst: Was wir in seiner Dimension bisher für undenkbar gehalten haben, ist schreckliche Realität geworden. Den Terroristen ging es mit der Wucht ihrer Gewalttaten nur noch um eines: um das blanke Entsetzen.

Ein Weiteres kommt hinzu: Wer eine solche Dimension der Gewalt einschlägt, plant und durchführt bis ins Detail, der will Verständigung und Konfliktlösungen von vornherein unmöglich machen, der will Bemühungen um Besonnenheit, Vernunft und Ausgleich schon im Keim ersticken. Das heißt letztlich: Der will jegliche freiheitlich-demokratische Ordnung mit ihren Grundwerten, insbesondere dem Schutz und der Würde des Menschen, zerstören.

Die unvorstellbare Welle brutaler Gewalt trifft zuerst die Vereinigten Staaten von Amerika. In zweiter Linie trifft sie alle demokratischen, toleranten und offenen Gesellschaften mitten ins Herz. Mit Erschütterung und Entsetzen müssen wir feststellen, wie verwundbar unsere freiheitliche Grundordnung ist. Ebenso müssen wir konstatieren, wie schwierig, ja wie unmöglich ein umfassender Schutz vor terroristischen Anschlägen ist. Die schrecklichen Ereignisse des gestrigen Tages sind ein Anschlag auf die gesamte zivilisierte Welt. Doch trotz der Trauer, trotz der Wut, trotz der Enttäuschung, dass wir es bis heute nicht geschafft haben, den Terrorismus zu verbannen und zu einem friedlichen Zusammenleben zu kommen, stellt sich die Frage: Wie gehen wir mit der Tragödie um? Was hat sie verändert? Müssen wir etwas ändern?

Katastrophe habe die Hoffnung, dass das Ausmaß der Katastrophe nun auch wirklich die letzten Regierungen dieser Welt, die bisher bei der internationalen Terrorismusbekämpfung eher in der hinteren anstatt in der ersten Reihe stan-

den, endlich begriffen haben und sie wachgerüttelt wurden, dass Frieden und Freiheit insgesamt auf dem Spiel stehen. Wer Terrorismus duldet – offen oder versteckt – oder als politisches Instrument auch nur in Erwägung zieht, verstößt gegen die fundamentalen Werte, die das Zusammenleben der Völker auch untereinander begründen.

Die gestrige Welle der Gewalt gegen die Vereinigten Staaten von Amerika muss uns dazu veranlassen, deutlich zu machen, wie elementar die Institution Demokratie mit den Grundrechten für die Erhaltung der Würde des Menschen, für die Erhaltung der unverletzlichen Menschenrechte und für das Recht auf Leben und die Freiheit von Personen ist. Dann haben Gewalt und Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus keine Chance, neuen Nährboden zu finden. Demokratie ist die Voraussetzung für Friedensfähigkeit. Davon ableiten dürfen wir jedenfalls eines nicht: angesichts der sich überschlagenden Ereignisse und Meldungen in Misstrauen und Abgrenzung gegenüber allem Fremden zu verfallen. Ich mahne deshalb zur Besonnenheit. In unserem Land müssen alle Menschen, gleich welcher Nationalität, Religion oder Hautfarbe, auch zukünftig in Frieden leben können.

Ein letzter Punkt, der mir besonders am Herzen liegt: Der Landtag Nordrhein-Westfalen und die 18 Millionen Menschen unseres Landes stehen in dieser schweren Zeit helfend, stützend und solidarisch an der Seite des amerikanischen Volkes. Wir Deutschen haben nicht vergessen, dass es die Menschen der Vereinigten Staaten von Amerika waren, die viele von uns nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor dem Hungertod bewahrt haben, deren politische Repräsentanten mithalfen, das zerstörte Deutschland politisch wieder aufzubauen und in die internationale Völkergemeinschaft zurückzuführen. Sie haben uns damit nach der Nazidiktatur wieder neues Selbstvertrauen vermittelt. Vor diesem geschichtlichen Hintergrund ist es für uns Deutsche und die Menschen in Nordrhein-Westfalen ein Gebot der Freundschaft, dem bis ins Mark erschütterten Amerika zur Seite zu stehen.

Heute gilt unser Mitgefühl den Hinterbliebenen der Opfer, den Verletzten, dem gesamten amerikanischen Volk.

In dieser Stunde, meine Damen und Herren, ringen die Einsatzkräfte um Hunderte von Überlebenden, die in den Trümmern verschüttet sind. Wir hoffen, dass diese Hilfe nicht zu spät kommt.

Ich bitte Sie um eine Minute des stillen Gedenkens.

Die Woche im Landtag

Absage

Aufgrund der Terroranschläge gegen die USA hat der Landtag seine Plenarsitzungen für diese Woche abgesagt. Das Plenum tritt erst wieder am Mittwoch, den 19. September zusammen. Dann soll eine zusammengefasste Tagesordnung beraten werden.

Weltkindertag Seite 3

Gegen jede Gewalt richtet sich das Motto der diesjährigen Veranstaltungen zum Weltkindertag im Landesparlament. Landtagspräsident Schmidt hat 600 Schülerinnen und Schüler aus ganz NRW eingeladen.

Papstaudienz Seite 5

Eine Delegation des Petitionsausschusses des Landtags wurde in Rom vom Papst empfangen.

Klimaschutz Seite 7

Das von den Fraktionen lange erwartete Klimaschutzkonzept NRW hat die Landesregierung dem Landtag jetzt zugeleitet.

Polenreise Seite 10

Eine Parlamentariergruppe hat das Nachbarland besucht und die Anstrengungen im Strukturwandel und bei der Annäherung an die EU gewürdigt.

Wort und Widerwort

Ein Jahr Landeshundeverordnung – weist die Bilanz Erfolg oder Misserfolg auf?

Selten hat ein Thema in der letzten Zeit solche Wellen geschlagen wie die Landeshundeverordnung. Man erinnere sich: Nach mehreren tödlich verlaufenen Hunde-Attacken auf Kinder und ältere Menschen sah die Politik Handlungsbedarf, um die Bevölkerung vor weiteren Angriffen zu schützen. Nordrhein-Westfalen und andere Bundesländer erließen Verordnungen, in denen die Pflichten der Halter bestimmter Hunderassen definiert wurden. Nach einem Jahr Gültigkeit der NRW-Landeshundeverordnung ziehen die Fraktionen eine Bilanz. (Seite 2)

Von Irmgard Schmid (SPD)

Bei der Diskussion um die Landeshundeverordnung muss Konsens bei allen Beteiligten sein: Oberstes Ziel bleibt der größtmögliche Schutz des Menschen. Vor allem Kinder müssen vor unberechenbaren großen Hunden geschützt werden.



Vor diesem Hintergrund hat die vor einem Jahr erlassene Landeshundeverordnung Wirkung gezeigt. Die Landeshundeverordnung hat sich, auch wenn sie an einigen Stellen änderungsbedürftig ist, grundsätzlich bewährt. Nach bisherigen Erkenntnissen ist ein deutlicher Rückgang der schweren Beißzwischenfälle festzustellen. Rücksichtsvolle und verantwortungsbewusste Hundehalter sind von der neuen Verordnung zum Teil ebenso betroffen, wie skrupellose Halter, die Hunde als Waffe missbrauchen und denen wegen Unzuverlässigkeit die Haltung untersagt werden musste. Doch aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion sind die präventiven Schutzmaßnahmen für den Schutz der Menschen höher zu bewerten als die möglichen Unannehmlichkeiten und Einschränkungen, die sich für Hundebesitzer und Hunde aufgrund von Verordnungen ergeben können.

Bei den bestehenden unterschiedlichen Verordnungen in den einzelnen Bundesländern ist es für Hundehalter in der Bundesrepublik schwer, sich gesetzeskonform zu verhalten. Deshalb muss eine möglichst bundeseinheitliche Lösung geschaffen werden. Hierzu finden auf Länderebene Fachgespräche statt. Sollte es in den nächsten Wochen zu keiner Vereinheitlichung der verschiedenen Landeshundeverordnungen in der Bundesrepublik kommen, fordert die SPD-Landtagsfraktion ein parlamentarisches zu beratendes Landeshundegesetz NRW.

Wir sind der Auffassung, dass einerseits die geltenden „Rasselisten“ der Hundeverordnung geändert werden müssen, andererseits wegen der ab Januar 2002 vorgesehenen Pflichten betroffene Hundehalter zu Recht erwarten, dass hier abschließend Klarheit geschaffen wird.

Von Dr. Stefan Grüll (FDP)

Überforderte Ordnungsämter, verunsicherte Hundebesitzer sowie weitere tragische Beißvorfälle markieren die bedrückende Bilanz



der seit Juli 2000 geltenden Hundeverordnung. Die Landesdatenschutzbeauftragte hat mehrfach öffentlich auf die Rechtswidrigkeit der Verordnung hingewiesen. Rechtsgutachten belegen die Verfassungswidrigkeit der LHV.

Die FDP-Landtagsfraktion weiß sich mit der überwältigenden Mehrheit der über eine halbe Million verantwortungsbewusster Hundehalter in Nordrhein-Westfalen einig in dem Ziel, die Bevölkerung wirksam vor tatsächlich gefährlichen Hunden zu schützen. Die derzeit gültige Hundeverordnung wird diesem Ziel allerdings nicht gerecht. Halbherzige Strafandrohungen sind nicht geeignet, denjenigen das Handwerk zu legen, die ihre Hunde durch tierquälerische Zucht und Haltung zu Waffen abrichten, um Menschen zu bedrohen und schwer zu verletzen.

Die pauschalierte Stigmatisierung von 42 Hunderassen und aller Hunde über 40 cm Widerristhöhe bzw. 20 kg Gewicht sowie deren Halter – immerhin 700 000 alleine in NRW – gehört sicherlich nicht zu den geeigneten Maßnahmen. Im Gegenteil: Rasselisten geben der interessierten Klientel lediglich die Orientierung, welche bisher nicht indizierte Rassen zukünftig zu „Kampfhunden“ abgerichtet werden können. An die Stelle der aktuellen Verordnung muss daher endlich ein wirksames Regelwerk treten, das unter Einbeziehung externer Sachverständiger entwickelt wird, damit die Menschen vor Beißattacken gefährlicher Hunde bewahrt und die Halter, die nicht geeignet sind ein Tier verantwortlich zu führen, drastisch bestraft werden.

Die FDP Landtagsfraktion hat bereits im Juli 2000 ein 10-Punkte-Programm vorgelegt, das auf der Grundlage der Gefahrhundeverordnung des Jahres 1994 und unter Verzicht auf Rasselisten ein faires und sicheres Miteinander von Hundehaltern und Nicht-Hundehaltern sicherstellt.

Von Eckhard Uhlenberg (CDU)

Wenn es die rot-grüne Landesregierung für einen Erfolg hält, dass sie die Landeshundeverordnung (LHV) ohne den Sachverstand von Experten erarbeitet hat, dann ist die LHV ein Erfolg. Wenn es die Landtagsfraktionen von SPD und GRÜNEN richtig finden, dass sie nach Verabschiedung der LHV Sachverständige aus dem ganzen Land zu einer Anhörung in den Landtag einladen, obwohl feststand, dass die LHV sowieso nicht geändert wird, dann ist die LHV ein Erfolg. Wenn es SPD und GRÜNE begrüßen, dass Ministerin Höhn zur wissenschaftlichen Begründung ihrer weltweit umfangreichsten Rasselisten Sachverständige öffentlich mehrfach bewusst falsch zitiert, dann ist die LHV ein Erfolg. Wenn die rot-grüne Landesregierung zufrieden damit ist, dass die LHV und ihre Ausführungsbestimmungen ein in vielen Teilen nicht vollzugsfähiges und für Bürger, Kommunen, Tierheime usw. kostentreibendes bürokratisches Monstrum ist, dann ist die LHV ein Erfolg. Wenn die Regierung Clement/Höhn stolz darauf ist, dass sie die Menschen in NRW in Hundehalter und Hundehasser gespalten hat, dann ist die LHV ein Erfolg.



Für die CDU ist klar: Die LHV ist ein eklatanter Misserfolg. Seit dem Sommer letzten Jahres haben wir wiederholt konkrete Änderungsvorschläge unterbreitet. Nach Auffassung der CDU benötigen wir ein Landeshundegesetz in NRW, das umsetzbar ist und die Menschen wirksam vor tatsächlich gefährlichen Hunden sowie deren verantwortungslosen Züchtern und Haltern schützt. Wichtige Impulse hierzu dürfte eine Expertenanhörung im Fachausschuss geben, die auf Antrag der CDU voraussichtlich im November stattfinden wird.

Ein Jahr Landeshundeverordnung – weist die Bilanz Erfolg oder Misserfolg auf?

Von Reiner Priggen (GRÜNE)

Man muss sich immer wieder vor Augen halten, dass die Landeshundeverordnung nicht aus Spaß und mit der Absicht,

Hundehalter zu schikanieren gemacht worden ist. Sie ist entstanden, weil es zunehmend Probleme mit gefährlichen



Beißvorfällen gegeben hat. Sie ist aktuell erlassen worden nach der engagierten öffentlichen Debatte um die tödlichen Beißvorfälle in Gladbeck und Hamburg.

Deswegen war eine Hundeverordnung notwendig, die wegging von der Regelung, dass es einen Vorfall gegeben haben musste, bis dass die Ordnungsbehörden einschritten zur vorbeugenden, die Bevölkerung besser schützenden Regelung.

Die Regelung ist mit einmaligem zusätzlichem Aufwand für die Halter größerer Hunde verbunden, aber das ist aus meiner Sicht vertretbar angesichts des Schutzbedürfnisses weiter Teile der Bevölkerung.

Es wird ja auch von seriösen Hundehaltern überhaupt nicht bestritten, dass der Leinenzwang auf öffentlichen Flächen, in Bussen und Bahnen sinnvoll ist. Es wird unterstützt, dass für Hunde eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen werden muss, und dass die Hunde mit Chips gekennzeichnet werden müssen. Dass bei Haltern größerer und potentiell gefährlicherer Hunde der Nachweis der Sachkunde im Umgang mit Hunden gefordert wird, ist auch unbestreitbar vernünftig.

Unbefriedigend ist sicherlich, dass es jetzt in allen 16 Bundesländern unterschiedliche Regelungen gibt. Deswegen ist es zu unterstützen, dass über die Konferenz der Länderinnenminister versucht wird, zu einer bundeseinheitlichen Regelung zu kommen.

Auch nach Stockholm und Genua: Polizei hält an nordrhein-westfälischer Linie fest

„Gefährderansprachen“ verstärkt jetzt auch im linken Spektrum

Ein Punkt der Beratungen im Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsreform unter dem Vorsitz von Klaus Stallmann (CDU) war vor kurzem die Frage, ob die nordrhein-westfälische Polizei auf die Bewältigung von Demonstrationen ausreichend vorbereitet ist, wie sie beim EU Gipfel am 15. und 16. Juni und beim späteren G 8-Gipfel in Genua – Horst Engel (FDP): „Hier gab es bürgerkriegsähnliche Zustände“ – vorgefallen sind.

Der Einsatzreferent im Innenministerium, Stefan Feller, ließ diese Bezeichnung aus polizeilicher Sicht nicht gelten; er spreche lieber von einer „Lage“, auf die die Polizei angemessen zu reagieren habe. Feller verwies auf die positiven Erfahrungen mit der nordrhein-westfälischen Einsatzstrategie beim Kölner Weltwirtschaftsgipfel 1999 und darauf, dass aus dem Kreis der bei diesem Großereignis vorübergehend festgenommenen und erkennungsdienstlich Behandelten ein Schrei-

ben das Innenministerium erreicht habe, in dem sich der Betroffene ausdrücklich für die freundliche und professionelle Art bedankt habe, mit der dabei die nordrhein-westfälischen Polizeibeamten damals in der rheinischen Domstadt vorgegangen seien. Feller unterstrich bei dieser Gelegenheit nachdrücklich die nordrhein-westfälische Linie bei Demonstrationen: Konfliktlindernde und gewaltdämpfende Maßnahmen bei entschiedenem polizeilichem Vorgehen gegen Gewalt.

Weltkindertag im NRW-Landtag

Mit Hip-Hop, lateinamerikanischer Musik und Paul Spiegel gegen Gewalt

Im Düsseldorfer Landtag übernehmen am 20. September Jugendliche das Kommando. Parlamentspräsident Ulrich Schmidt hat zum Weltkindertag 600 Schülerinnen und Schüler aus ganz NRW eingeladen, die im Plenarsaal in Anwesenheit des Präsidenten des Zentralrates der Juden, Paul Spiegel, ihre Projekte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit vorstellen. Der Landtag

will damit einen deutlichen Akzent für Toleranz und Zivilcourage setzen, sagte Schmidt. Der Andrang war so groß, dass gelost werden musste. Mehr als 300 Schulen aus ganz NRW wollten sich an der Veranstaltung zum Weltkindertag beteiligen, 80 Schulen mit jeweils sechs Schülern können aber nur mitmachen. Wiederum zehn von ihnen präsentieren ihre Projekte zum

Thema des Tages: „Freunde über alle Grenzen.“ Mit dem Aktionstag soll ein deutliches Zeichen gegen Gewalt gesetzt werden: Die Schüler diskutieren über ihre Projekte mit dem Landtagspräsidenten, mit dem Zentralratsvorsitzenden der Juden und den Politikern aller Fraktionen.

„Rechtsextremismus ist kein vorübergehendes Problem mehr“, so Schmidt. Rechtsextremistisch motivierte Straftaten und Übergriffe seien in den vergangenen Monaten angestiegen. „Der Kampf dagegen bedeutet für die Demokratie eine große Herausforderung.“ Als besonderer Höhepunkt erwartet die Teilnehmer des „Großen Kinderparlaments“ ein trendiges Musikprogramm. Am Nachmittag treten die Hip-Hop-Band „Sons of Gstarbeita“, der Teenie-Schwarm Ruben Gomez und die Hitparadenstürmer „ATC“ auf. Ein Luftballonwettbewerb rundet das Programm ab.

Dr. Ingo Wolf (FDP) warf ein, durch rechtzeitige Maßnahmen müsse bürgerkriegsähnlichen Zuständen entgegengetreten werden. Das NRW-Konzept sei zu überdenken, ob es dazu geeignet sei.

Feller teilte weiter mit, nachdem die Polizei des Landes im Vorfeld von Fußballspielen mit internationaler Beteiligung und von Neonazi-Demonstrationen gute Erfahrungen mit der gezielten Ansprache von „Gefährdern“ (als gewaltbereit bekannte Hooligans oder Anhänger der rechten Szene) positive Erfahrungen gesammelt habe, werde dieses Mittel auch verstärkt gegen „Gefährder“ aus dem linken Spektrum eingesetzt. Der eine oder andere, so der Einsatzleiter, lasse sich durch solche „Gefährderansprachen“ von der Teilnahme an gewalttätigen Demonstrationen abhalten. Im Vorfeld der Tagung in Genua habe die nordrhein-westfälische Polizei in 15 Fällen zu diesem Mittel gegriffen. Daneben stünden den Behörden weitere Maßnahmen zur Verfügung. So werde von den Ordnungskräften versucht, bekannte potentielle Gewalttäter an der Anreise zu hindern oder ihren Pass für Reisen ins Ausland einzuziehen. Dabei handele es sich um eine ordnungsrechtliche Maßnahme, die gerichtlich angefochten werden könne, erklärte er auf Nachfrage von Monika Düker (GRÜNE), die sich zuvor über das Vorgehen der italienischen Polizei gegen Globalisierungsgegner in Genua beklagt hatte: Erst als die Justizbehörden eingeschaltet worden seien, so die Sprecherin, hätten nach ihrem Eindruck die massiven Rechtsverletzungen der italienischen Polizei ein Ende gehabt. Das Mittel des Passentzugs sollte verstärkt eingesetzt werden, urteilte Jürgen Jentsch (SPD). Es bedürfe im Übrigen einer gemeinsamen Strategie in Europa, für ein Problem, das nur auf europäischer Ebene zu lösen sei.

Innenminister Fritz Behrens erklärte dazu, die nordrhein-westfälische Polizei habe dabei immer „lageangepasst“ reagiert. Dabei habe sie ein gutes Bild abgegeben – „das gilt auch für die Zukunft“. Er sei überzeugt, dass „unter Anspannung aller Kräfte in Deutschland“ auch Ereignisse wie in Genua zu bewältigen seien. Vom Vorschlag des deutschen Bundesinnenministers Schily, eine „europäische Krawallpolizei“ einzurichten, glaube er nicht, dass er weiterführe. Es sei dringend erforderlich, die polizeilichen Einsatztaktiken und -konzepte der nationalen Polizeien aufeinander abzustimmen; hier liege eine wichtige Aufgabe der neu gegründeten Europäischen Polizeiakademie. Behrens: „So kann ein Schuh draus werden. Eine eigens geschaffene Polizeitruppe würde, fürchte ich, im luftleeren Raum agieren.“



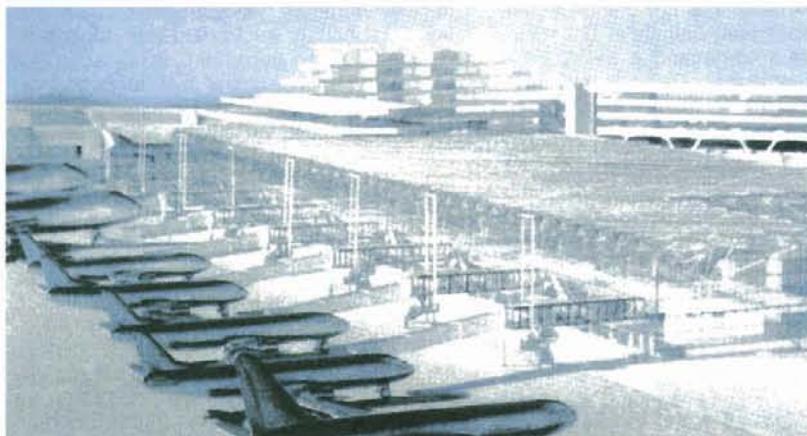
Verzicht auf Musik

Wegen der Terroranschläge auf die Vereinigten Staaten wird das musikalische Programm des Weltkindertages im Landtag am Donnerstag gestrichen. Landtagspräsident Ulrich Schmidt zur Begründung: „Wir können nicht feiern, wenn eine ganze Nation um die Opfer dieses schrecklichen Terrorangriffs trauert.“ Latino-Star Ruben Gomez, die Bands „ATC“ und „Sons of Gstarbeita“ werden nicht auftreten.

Verkehrsausschuss nachts am Frachtflughafen

Internationaler Hub mit Lärmproblem

Der Verkehrsausschuss informierte sich am Abend des 6. September unter Leitung seines Vorsitzenden Manfred Hemmer (SPD) über den Nachtflugbetrieb am Flughafen Köln/Bonn. Eingeladen waren auch örtlich zuständige Abgeordnete aus dem Rhein-Sieg-Kreis und Bonn. Außer von der Geschäftsführung der Flughafen Köln/Bonn GmbH (FKB) wurde der Ausschuss auch von seinem früheren Mitglied Walter Bieber aus Troisdorf begrüßt, der nach der Landtagswahl in den Vorstandsstab der FKB rückte. Ein Forscher und ein Carrier-Manager berichteten von ihrer Arbeit. Gemäß dem Motto „Frachtflug ist Nachtflug“ führte das Unternehmen den Ausschussmitgliedern, wie schon vor fünf Jahren, gegen Mitternacht den Container-Verlade-Betrieb in die Flieger vor, mit denen Dokumente und Waren aus aller Welt den Kunden in ganz Europa am nächsten Tag zugestellt werden können.



„Flughafen der kurzen Wege“ nennt sich Köln/Bonn auch nach Fertigstellung des neuen Terminals 2; hier: Skizze vom Entwurf mit ICE-Bahnhof, der noch nicht fertig gestellt ist.

Das Thema Nachtflug am Flughafen Köln/Bonn erregt seit Jahren die Gemüter der Bevölkerung und der Politiker, weil es einerseits Voraussetzung für den Frachtflug ist und der Region Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze, andererseits der Bevölkerung im dichtbesiedelten Schneisenbereich die Lärmbelastung bringt. Die beiden Referate am 6. September spiegelten den Interessenkonflikt wider, der bei den Fraktionen Verkehrs- und Kommunalpolitiker trennt, aber auch Parlamentarier umtreibt, die beide Interessen zu vertreten haben. Über „Lärmwirkungsforschung“ referierte Dr. Alexander Samel vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt Köln-Porz (DLR). Anschließend stellte Uwe Detering das größte Frachtunternehmen am FKB, United Parcel Systems (ups), als hocheffizienten „global player“ vor.

In beiden Vorträgen wurden die Abgeordneten mit eindrucksvollen Zahlen konfrontiert. Dr. Samel berichtete über ein großes Projekt, in dem der Schlaf von Probanden in 2500 Nächten durch Wissenschaftler mehrerer Disziplinen untersucht und damit der weltweite Forschungsstandard verdreifacht wird. Eine Unterhaltung erzeuge eine Lärmbelastung von 60, ein Düsentriebwerk von 110 bis 120 Dezibel, teilte er mit. Durch Technik an Rümpfen und Triebwerken kön-

ne die Belastung um drei Dezibel vermindert werden. Ebenfalls drei Dezibel weniger könne durch „stilleren Anflug“ erreicht werden.

Von den Messergebnissen in dem breit angelegten Projekt der Lärmwirkungsforschung, ohne und mit „passivem Schallschutz“, erwarten die Forscher einen „belastbaren Kriterienkatalog“, der für Politik, Rechtsprechung, Flughafenbetreiber und die Flugzeugbautechnik maßgebend werden und dann möglichst auch internationale Geltung erlangen soll.

Dr. Samel sprach auch das Thema „Gegenschall“ an. Dabei geht es darum, bei hohen Lärmwerten durch Gegenlärm bestimmte Frequenzen auszulöschen. Geschäftsführer Klapdor dazu: Erfolgreiche Lärmbekämp-



„Wir wollen mit der Region im Frieden leben“, sagt die Flughafenleitung, pflegt die Landschaft und unterhält tausend Heidschnucken.

In der Sitzung am 6. September stand unter anderem das Thema „Arbeitssituation in den Finanzämtern des Landes NRW“ auf der Tagesordnung. „Die Steuerverwaltung benötigt für ihre Aufgabenerledigung hoch qualifiziertes Personal“, heißt es dazu in der Vorlage 13/843 des Finanzministers. Sie bilde ihr Personal selbst aus und müsse rechtzeitig für den Bestand sorgen. Trotz realisierter kw-Vermerke könnten im Jahr 2002 wieder mehr Finanzanwärter eingestellt werden, und zwar insgesamt 340. Beim Aufstieg vom mittleren

fung durch dieses Konzept lasse „noch lange“ auf sich warten.

Ganz anders die Zahlen von Uwe Detering (ups). Seit dem letzten Besuch des Verkehrsausschusses 1996 und der politischen Sicherheit für 15 Jahre habe die Firma eine neue Halle für die Frachtabfertigung für 65 Millionen Mark ausgebaut. Jetzt müsse wieder entschieden werden: über eine weitere Frachthalle, über Investitionen in Höhe von über 100 Millionen Dollar und 700 neue Arbeitsplätze. ups weltweit habe 60 neue Airbus 300 bestellt. Im Frühjahr 2002 werde der erste Airbus 300 in Köln/Bonn erwartet.

Geschäftsführer Wolfgang Klapdor und Aufsichtsratsvorsitzender Norbert Rüter skizzierten einleitend die aktuellen Probleme am FKB. Der Bahnanschluss, der laut Planung eigentlich fertig sein sollte, fehlt noch. Der Köln-Bonner Flughafen werde, wenn der Bahnanschluss fertig sei, einer der kundenfreundlichsten Flughäfen der Welt (mit besten Verkehrsverbindungen) sein, sagte Klapdor. Die FKB habe in den letzten Jahren 931 Millionen Mark in den Ausbau investiert, denn beim Luftverkehr handele es sich um eine Zukunftsbranche. Bei Passagierflügen habe es nach dem Umzug der Bundesregierung einen Rückgang gegeben, der solle aber aufgeholt werden. Zur Verringerung von „Rollverkehr“ solle die 3800-Meter-Start- und Landebahn um 400 Meter verlängert werden. Aber, so Klapdor: „Das Lärmproblem bleibt.“

Der FKB nimmt nicht nur für Umwelt- und Naturschutz viel Geld in die Hand. Er führt auch das aufwändigste Schallschutzprogramm Europas durch. Mit dem Einbau von Schallschutzfenstern in den Schlafräumen (samt Belüftung) seien die Anwohner zufrieden, erfuhr die Abgeordneten. Ortskundige Parlamentarier wiesen jedoch auf Ängste der Bevölkerung vor der Zukunft, vor weiterer Zunahme vor allem des Nachtflugs hin (siehe auch Seite 13).

„Eckpunkte der Luftverkehrspolitik“ der CDU-Fraktion und die Luftverkehrskonzeption 2010 der Landesregierung, beide auf der Tagesordnung des Ausschusses, gehen von hohen Zuwachsraten auch bei Luftfracht aus. In der Plenarsitzung am 12. September, die wegen des Terroranschlags in den USA verschoben wurde, sollte laut einem FDP-Antrag beschlossen werden, dass die NRW-Luftverkehrskonzeption der Landesregierung der Zustimmung des Parlaments bedürfe. Dazu hatten SPD und GRÜNE einen Antrag vorgelegt, wonach der Landtag der Konzeption zustimme und „die Landesregierung auf(fordert), unter fortwährender Abwägung der wirtschaftlichen und ökologischen Belange sowie unter Beachtung der Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner diese Konzeption umzusetzen“. Der CDU-Antrag („Eckpunkte“) sei damit erledigt.

in den gehobenen Dienst finde für 120 Aufstiegsstellen eine Bestenauslese statt. Beschäftigten des mittleren Dienstes sollen mehr Aufgaben des gehobenen Dienstes übertragen werden. Dadurch soll auch eine Verschiebung des gehobenen Dienstes zum Außendienst erreicht werden. Eine Entlastung der Finanzämter wird von der vollelektronischen Steuererklärung erwartet, allerdings erst mittelfristig. Dazu gehört die elektronische Übermittlung der Daten vom Arbeitgeber als Ersatz für den Eintrag auf der Lohnsteuerkarte.

Haushaltsausschuss

Klausur in Detmold

Der Haushalts- und Finanzausschuss reist zur diesjährigen Haushaltsklausur am 27. und 28. September nach Detmold. Zur Beratung stehen die Einzelpläne 20 (Allgemeine Finanzverwaltung) und 12 (Finanzministerium) sowie das Haushaltsgesetz 2002 an. Außerdem werden im Detmolder Rathaus aktuelle Themen der Region und des Landesteils Lippe dargestellt.

Medienzukunft: Zuschauer können aktiv eingreifen

Ausschüsse besuchen Funkausstellung

Bei einer Führung durch den technischen Direktor des WDR, Dr. Dieter Hoff, Chefingenieur Dr. Oliver Werner und Dr. Andreas Wehr informierten sich die Mitglieder des Medienausschusses und des Hauptausschusses unter Leitung ihrer Vorsitzenden Claudia Nell-Paul und Edgar Moron (beide SPD) auf der Internationalen Funkausstellung in Berlin über die Neuheiten bei Rundfunk, Fernsehen und den neuen Medien.

Die Firma Loewe stellte ein neues Fernsehgerät für analoges und digitales Fernsehen vor, mit dem auch Internetangebote und aktuelle Informationen genutzt werden können. Dazu muss der Fernseher mit einer ISDN-Leitung oder mit einem Modem an das Internet angeschlossen werden. Noch fehlen allerdings entsprechende Internetangebote der Programmanbieter.

Das interaktive Fernsehen auf Basis der Multimedia Home Platform (MHP) wurde bei ARD, ZDF und RTL vorgestellt. Die ARD präsentierte ihr neues interaktives TV-Portal, mit dem 18 Fernsehprogramme, davon drei ausschließlich digital, 22 Hörfunksender sowie zahlreiche multimediale Dienste wie eine elektronische Programmzeitschrift und ein ARD-Online-Kanal als digitaler Videotext genutzt werden können. Für den interaktiven Austausch sei ein Rückkanal erforderlich, mit dem zum Beispiel ausgewählte Informationen auf den Bildschirm geladen werden oder die Zuschauer sich aktiv an Fernsehshows beteiligen können. Das ZDF präsentierte das Multimedia-Angebot „ZDF Mobil“, das bisher nur im Großraum Berlin empfangen werden kann. Damit steht dem Zuschauer ein so genanntes „Digitalbouquet“ mit vier Programmen zur Verfügung. Durch tragbare Geräte soll der Abruf von Programmen und Informationen von jedem Ort aus ermöglicht werden. Die Voraussetzung dazu ist jedoch der weitere Ausbau des digital-terrestrischen Fernsehens.

Auch RTL setzt auf die Interaktion mit den Zuschauern. So sollen bald E-Mails und elektronische Kurzmeldungen per Handy (SMS) über das Fernsehgerät versandt werden. Außerdem sollen die Zuschauer bei der Show „Wer wird Millionär“ am Fernseher mitraten können. Die Firma Blaupunkt stellte ein digitales Autoradio mit Festplattenspeicher und MP3-Modul vor. Das Gerät wird unter 1 000 Mark kosten und auch Direktaufnahmen aus den 150 digitalen Radioprogrammen ermöglichen. Digitaler Radioempfang sei in den überwiegenden Teilen Deutschlands schon möglich. Hauptausschussvorsitzender Edgar Moron (SPD) fragte nach dem Kernvorteil des digitalen Radios. Claudia Nell-Paul (SPD), Vorsitzende des Medienausschusses, interessierte, wie die Autohersteller dessen Vorzüge bewerteten. Die Vertreter des Autoradioherstellers erläuterten, Vorteile seien die bessere Übertragungsqualität und der höhere Komfort. Digitale Autoradios sollen ab



Eine Audienz beim Papst war Höhepunkt der Italienreise des Petitionsausschusses, v.l. Gabriele Gorcitz (SPD), Martin Schlebusch, Dietrich Thiede (beide CDU, dahinter Johannes Wahlenberg/Landtagsverwaltung), Wolfgang Kölker (CDU), Papst Johannes Paul II., Anne-Hanne Siepenkothen (CDU), Legationsrat Peter Sonnenhol, Jamal Karsli (GRÜNE), Barbara Wischermann (CDU, Ausschussvorsitzende).

Illegale Einwanderung in Italien

Die meisten wollen nach Deutschland

Anfang Juni unterrichtete sich eine Delegation des Petitionsausschusses unter Leitung der Vorsitzenden Barbara Wischermann (CDU) über das Flüchtlingsproblem und das Verfahren mit illegaler Einwanderung in Italien. Denn rund ein Drittel aller 25 000 Eingaben pro Wahlperiode haben in NRW Probleme mit dem Ausländerrecht zum Inhalt.

In Gesprächen mit Vertretern des Innenministeriums, mit dem Regionalrat von Apulien und mit dem Präfekten sowie hochrangigen Polizeibeamten und Grenzschutzoffizieren in Bari erfuhren die Abgeordneten aus NRW von „Kampagnen“ zur Legalisierung des Aufenthalts von Einwanderern. Besonders beeindruckt waren sie von der Experimentierfreude, mit der Möglichkeiten zur legalen Einwanderung geschaffen werden. Dass die meisten Flüchtlinge aufgrund familiärer Beziehungen oder wegen der besseren sozialen Versorgung von Italien aus in andere europäische Länder — in erster Linie nach Deutschland — weiterreisen wollen, unterstreicht die europäische Bedeutung der Problematik. Die italienischen Gesprächspartner betonten immer wieder, Deutschland sei der wichtigste Ansprechpartner und: Einheitliche Regelungen innerhalb der EU würden angestrebt. Vertreter von Nichtregierungsstellen und des nationalen Flüchtlingsrates berichteten, dass die meiste Hilfe für Flüchtlinge vor Ort von kirchlichen und anderen karitativen Organisationen geleistet werde. Die Arbeit der

zentralen Anerkennungskommission, die über Asylanträge entscheidet, sei verbesserungswürdig. Weil es sich um nebenamtliche Mitarbeiter handelt, können Antragsteller nicht ausreichend angehört werden. Finanzielle Zuwendungen an Asylantragsteller sind auf 45 Tage begrenzt. Ein nationales Unterbringungssystem befindet sich gerade erst im Aufbau.

Auch im Vatikan wurden Ausländer- und Flüchtlingsprobleme besprochen. Zum Thema „Kirchenasyl“ erklärten die Erzbischöfe, dass die Kirche zwar gegen Illegalität, aber immer für den illegalen Menschen sei. Obwohl die Kirche kein rechtsfreier Raum sei, suchten Einzelne in der Kirche und bei Seelsorgern Schutz. Das bringe die Kirche in Konflikte. Kompromisse seien der Ausweg. Die Ausschussdelegation aus NRW tauschte auch mit den Bürgerbeauftragten von Latium und Kampanien Erfahrungen aus. In Italien gibt es keinen Petitionsausschuss auf nationaler Ebene. Ähnliche Aufgaben wie der NRW-Petitionsausschuss nimmt der als Ombudsmann tätige Bürgerbeauftragte wahr.

Plenarsitzung mit umfangreicher Tagesordnung

15 Tagesordnungspunkte stehen auf der Plenarsitzung am 19. September. Die CDU will verhindern, dass die konventionelle Landwirtschaft bei der Agrarwende ins Hintertreffen gerät (Antrag Drs. 13/1536).

Die Polizei soll das Recht erhalten, für begrenzte Zeit gewalttätige Ehemänner aus der Familienwohnung zu verweisen — diesen Gesetzentwurf (Drs. 13/1525) berät der Landtag in erster Lesung. Weiteres Thema ist unter anderem der Justizbereich, wo nach dem Willen der Koalitionsfraktionen (Antrag Drs. 13/1542) die Ausbildung weiter verbessert werden soll.

2002 serienmäßig in Fahrzeuge der Oberklasse eingebaut werden. Verschiedene Firmen in diesem Fahrzeugsegment hätten bereits Aufträge erteilt. Weitere Neuigkeiten waren der DVD-Video-Recorder und der kleinste digitale Camcorder (rund 4 600 DM) von zwei japanischen Herstellern. Danach informierten sich die Mitglieder des Medienausschusses beim Fraunhofer Institut für Medienkommunikation über die dort entwickelte virtuelle Studioteknik. Der Leiter des Instituts, Professor Dr. Martin Reiser, erläuterte das Ziel, in Kombination mit der Multimedia Home Platform ein interaktives TV ohne Medienbruch zu entwickeln, mit dem auch Zusatzinformationen wie regionale Wetterdaten abzurufen sind. Computerkenntnisse seien nicht erforderlich, da die Navigation über die Fernbedienung erfolgt.

Silvia Winands

Verlockende Aussichten: Behördengänge per Computer

Elektronische Unterschrift leitet bahnbrechende Entwicklung ein

Steuererklärungen online, Antragsformulare zum Downloaden, Ummeldungen von Kfz-Fahrzeugen „mal eben“ von zu Hause? Eine sicherlich verlockende Vorstellung und mittlerweile wohl auch kein unrealistisches Sciencefiction-Modell mehr. All dies liegt, so verspricht es das neue e-Medium, bald im Bereich des Möglichen. Aber: Wie sicher sind eigentlich diese Prozeduren? Dazu hörten der Ausschuss für Innere Verwaltung (Vorsitzender Klaus Stallmann, CDU) und der Medienausschuss (Vorsitzende Claudia Nell-Paul, SPD) Anfang September in öffentlicher Sitzung Sachverständige an.



Blick in die Reihe der Sachverständigen (v.l.): Klaus Beus vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, NRW-Datenschützerin Bettina Sokol und Till Schemmann von der Bundesnotarkammer.

Foto: Schälte

Begriffe wie e-Government, also die Abwicklung von Verwaltungsakten mit elektronischen Mitteln, tauchen nun bereits seit geraumer Zeit immer wieder auf und versprechen mehr Bürgernähe, Transparenz und Rationalisierung der Verwaltung und damit letztendlich auch Einsparungsmöglichkeiten. Nicht zuletzt dieser Aspekt macht das Konzept für die von Finanzsorgen geplagte Verwaltung interessant. Das Konzept e-Business lockt mit bequemem Einkaufen von zu Hause. Gleichzeitig mit diesen Möglichkeiten treten allerdings auch immer wieder einige Hindernisse auf, werden Bedenken geäußert und vor allem die potentiellen Nutzer fragen nach den Risiken.

Sicherheitsfragen

Mit den Möglichkeiten und Grenzen solcher Konzeptionen beschäftigte sich die gemeinsame Sitzung beider Ausschüsse. Es ging um den Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN „Neues e-Medium nutzen – Wertschöpfung am Standort NRW beschleunigen“ (Drs. 13/712) sowie dem Erschließungsantrag der CDU-Fraktion „Mit neuer

Technologie alle Verwaltungsprozesse verbessern“ (Drs. 13/755) und dem der FDP-Fraktion „Chancen der Informationsgesellschaft konsequent nutzen“ (Drs. 13/760).

Zu dieser Ausschusssitzung waren verschiedene Sachverständige aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik eingeladen worden, um Erfahrungen, zu berücksichtigende Probleme und mögliche Lösungsstrategien vorzustellen. Denn, „nutzen wir (...) das Internet zur Abwicklung privater Geschäfte oder als Ersatz für Behördengänge (...), also e-Business und e-Government, dann kommen natürlich Fragen nach Datenschutz, Datensicherheit und Rechtsverbindlichkeit auf“, so der Ausschussvorsitzende Klaus Stallmann (CDU).

Die Experten gaben ihre Einschätzung der gegenwärtigen Situation ab und nannten Voraussetzungen für eine sinnvolle und sichere Nutzung der neuen Technologien. Der Vertreter der Medienakademie Köln, Gerlach, betonte den instrumentalen Charakter des Netzes und gab an, Ausgangspunkt für alle Überlegungen müsse die Sinnhaftigkeit

werden, welches beispielsweise mittels eines Signaturverfahrens möglich sei. Gleichzeitig müsse in vielen Fällen auch Anonymität gewährleistet werden, denn, so machte sie deutlich, auf einem Amt müsse man sich auch nicht erst identifizieren, um z.B. Antragsformulare zu erhalten. Auch das Konzept der informationellen Gewaltenteilung sei zu erhalten, sodass spezifische Informationen tatsächlich nur zu den entsprechenden Stellen hingelangen. Schließlich dürfte die interaktive Verwaltung keinen Ersatz, sondern lediglich eine Ergänzung darstellen, der persönliche Kontakt vor Ort müsse weiterhin möglich sein.

Dr. Jörg Kastrop von GE Capital setzte sich mit den von SPD und GRÜNEN angedachten Möglichkeiten einer NRW-Signatur Karte, die der Identifizierung dienen könnte, und einem NRW-Trustcenter auseinander. Er erteilte zusammen mit der überwiegenden Zahl der Sachverständigen beiden eine Absage mit der Begründung, es seien schon einige Signaturkarten vorhanden, so beispielsweise von Industrie und Banken und auch Trustcenter würden bereits existieren. Ein eigenes NRW-Engagement in diesen Bereichen sei sehr kostenintensiv und könne darüber hinaus bei mangelhafter Verknüpfung mit anderen Systemen leicht einen „Inselcharakter“ annehmen. Vielmehr müsse es darum gehen, „eine Brücke zu schlagen zu dem, was schon da ist“. Ähnlich äußerte sich auch der Vertreter des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Klaus Keus. Er machte dabei deutlich, dass eine isolierte Lösung wenig hilfreich sei, vielmehr spreche vieles für eine Kooperation zwischen öffentlicher Verwaltung und der Wirtschaft. Allein der Düsseldorfer Regierungspräsident Jürgen Büssow unterstützte NRW-Card und -Trustcenter.

Jürgen Schwemmer von der Elektronischen Signatur Regulierungsbehörde für Telekommunikation wies noch einmal auf den technischen Entwicklungsstand hin. Mit der elektronischen Signatur als Ersatz für die eigenhändige Unterschrift stehe man am Beginn einer bahnbrechenden Entwicklung.

Auf die Frage des CDU-Abgeordneten Dr. Michael Brinkmeiers nach konkreten Maßnahmen, die der Landtag ergreifen könne, machten die Sachverständigen zahlreiche Vorschläge. So sei eine Definition der Zielsetzungen von e-Government und eine Zeitschiene für die Realisierung von Projekten wünschenswert. Ferner müsse auf eine beschleunigte Gesetzgebung, zum Beispiel bei der Anpassung an die EU-Richtlinien und an das Bundessignaturgesetz, hingewirkt werden, wobei die europaweiten Entwicklungstendenzen der Medienwirtschaft nicht übersehen werden sollten. Weiter sollte versucht werden, solche Prozesse herauszufiltern, für die eine digitale Signatur dringend erforderlich sei, im Übrigen aber

Maßnahmenbündel

die Nutzungsmöglichkeiten nicht zu blockieren. Auch die Kosten seien abzuschätzen, da das Projekt in Nordrhein-Westfalen auf ein Millionen-Förderprogramm hinauslaufen werde. Schließlich seien, damit das Projekt ins Rollen kommen könnte, dezentrale Lösungsmöglichkeiten zu favorisieren.

Stefanie Westermann

Klimaschutzkonzept NRW

Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold hat dem Landtag am 4. September ein 165 Seiten starkes „Klimaschutzkonzept NRW“ zugeleitet (Vorlage 13/868). Es wurde auf Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN beschlossen, um seitens des Landes das Klimaschutzziel der Bundesregierung zu unterstützen, im Rahmen der Agenda 21 die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 gegenüber 1990 um 25 Prozent zu reduzieren.

Das Klimaschutzkonzept NRW listet Maßnahmen der Landespolitik zur Minderung der Treibhausgase auf und richtet sich auch an die Kommunen, die Bürger als Verbraucher und an die Unternehmen. Es soll Grundlage eines breiten Dialogs mit allen gesellschaftlichen Gruppen sein. Von der Integrierten Gesamtverkehrsplanung über Energiepolitik schlägt es den Bogen zur Kommunalpolitik und zu Maßnahmen privater Haushalte.

Für mehr klimabewusstes Handeln der Kommunen soll ein „interaktives Internetportal“ mit dem Namen „KommEN“ werben, das die Landesregierung einrichtet. Besonders engagierte Kommunen werden ausgezeichnet und mit einem „European Award“ belohnt.

In privaten Haushalten soll die Energiesparverordnung zur Emissionsminderung in Gebäuden beitragen. Das „Niedrig-Energiehaus“ mit 30 Prozent weniger Heizenergie soll zum Standard bei Neubauten werden. Ein Sachverständiger für Wärmeschutz beurteilt und belohnt das Energiesparen in Gebäuden. Freiwillige Vereinbarungen sollen mit der Bauwirtschaft und mit Wohnungsbaunternahmen zu mehr Klimaschutz führen. Mit den vier größten Unternehmen und dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW sei im Mai 2001 ein „Bündnis für Klimaschutz“ unterzeichnet worden.

Grüner Strom

Die Einspeisung „grünen Stroms“ habe den Anlagebetreibern Vergütungen in Höhe von rund 150 Millionen Mark zugeführt, erläutert das Ministerium. Die Landesregierung werde bevorzugt grünen Strom für Landesliegenschaften beziehen, um diesen Markt zu unterstützen. In privaten Haushalten soll eine Kampagne über Stand-by-Verluste, effiziente Haushaltsgeräte, stromsparende Unterhaltungs- und Kommunikationselektronik und effizientes Heizen informieren.

Mit dem „Wärmepumpen-Marktplatz NRW“ soll die Nachfrage nach dieser ausgereiften Technik gesteigert werden. Dazu soll es in jedem Februar „Wärmepumpen-Wochen“ geben. Ein „Solar-Check NRW“ informiert interessierte Hausbesitzer neutral über sinnvolle Solarenergienutzung. Der Solar-Check soll von Handwerkern angeboten werden. Die Kosten werden zu zwei Dritteln aus dem Landeshaushalt getragen.

Zum Thema Abwasser führt das Wirtschaftsministerium aus, 95 Prozent der 18 Millionen Einwohner in NRW seien an vollbiologische Kläranlagen angeschlossen. Die 900 kommunalen Kläranlagen verbrauchen erhebliche Energiemengen, die noch unzureichend aus dem eigenen Faulgas gewonnen würden. Ein Handbuch „Energie in Kläranlagen“ enthalte eine Anleitung zur Optimierung des Energieverbrauchs. Im Handlungsfeld Außenwirtschaft wird auf



Freiraum 1 – Kunst und Design gegen Ausgrenzung und Gewalt – ist das Thema einer Ausstellung, mit der der Landtag eine Veranstaltungsreihe gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit beginnt. Einen Bereich der vielfältigen Präsentationen stellen die vom Bund Deutscher Grafik-Designer ausgewählten Wettbewerbsplakate gegen Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz (Bild) dar. Die bis zum 21. September geöffnete Ausstellung wird zusammen mit dem Grafikerbund und der internationalen Künstlergruppe „Freiraum – Kunst gegen Gewalt“ durchgeführt. Foto: Schälte

Zweitägige Anhörung „Häusliche Gewalt“

Die Ausschüsse für Frauenpolitik, Innere Verwaltung und Kinder/Jugend/Familie führen am 25. und 26. Oktober ab 10 Uhr eine zweitägige öffentliche Anhörung im Plenarsaal zum Thema „Häusliche Gewalt“ durch. Zur Anhörung liegen ein CDU-Antrag „Gegen Gewalt in der Ehe – Rote Karte für gewaltbereite Ehepartner“ (Drs. 13/851) und von SPD und GRÜNEN „Häuslicher Gewalt entschieden entgegnetreten – Aktionsplan der Bundesregierung unterstützen und durch Landesaktionsplan begleiten“ (Drs. 13/916) vor.

Am 25. Oktober sind zur Einführung in die Thematik Experten aus Deutschland und Österreich eingeladen. Außerdem werden Sachverständige der Polizeigewerkschaften und der Polizei angehört. Aus dem Bereich der Justiz berichten unter anderem eine Familienrichterin, eine Staatsanwältin und die Sonderdezernentin für häusliche Gewalt aus Bielefeld. Anschließend informieren Vertreterinnen von Frauenhilfenetzen über ihre Arbeit und Expertinnen über Projekte zur Intervention und Prävention aus Niedersachsen, Berlin, NRW, Mecklenburg und Österreich. Am 26. Oktober geht es um „Kinder in Gewaltbeziehungen“. Dazu sind neun Sachverständige eingeladen.

In ihren Anträgen weisen die Fraktionen auf das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit einerseits und Gewalt gegenüber Frauen und Kindern als erschreckende Alltagserfahrung in Deutschland andererseits hin. Gewalt in

der Familie sei nicht nur privat, sondern auch eine öffentliche Angelegenheit, die sanktioniert werden müsse. Nach dem Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen solle nun auch die NRW-Landesregierung einen Landesaktionsplan vorlegen. Der Polizei soll erlaubt werden, Täter aus der Wohnung umgehend zu entfernen und ihnen die Rückkehr zu verbieten. Den Polizeibeamtinnen und -beamten sollen Handlungsanweisungen für den Einsatz bei häuslicher Gewalt gegeben werden. Im Bereich der Justiz sollen die Rechtsposition und der Schutz der Opfer gestärkt werden. Im Netzwerk der Frauenhilfe sollen Lücken geschlossen werden.

Inzwischen liegen bereits Stellungnahmen zur Anhörung vor, darunter das „Hannoversche Interventionsprojekt gegen MännerGewalt in der Familie“ der Polizeidirektion Hannover (Zuschrift 13/776, 41 Seiten). Bei den Anlagen befindet sich unter anderem ein Schreiben der Staatsanwaltschaft an einen Täter, der seiner getrennt lebenden Ehefrau aus Eifersucht ins Gesicht geschlagen und ihr zwei Zähne ausgeschlagen hatte. Anstatt eines Strafverfahrens wegen Körperverletzung wird diesem Täter angeboten, an einem sozialen Trainingskurs für zu Gewalttätigkeiten neigende Männer teilzunehmen. Bei erfolgreicher Teilnahme an einem solchen Kurs wird dem Täter in Aussicht gestellt, mit einer Verwarnung davonzukommen und unter Bewährungsaufsicht nicht vorbestraft zu bleiben.

internationale Aktivitäten von Unternehmen und auf Emissionshandel eingegangen. Die Entwicklung geht weltweit in Richtung „Instrumentenmix“, stellt das Ministerium fest und weist auf große Exportchancen der

Energie-, Umwelt- und Bergbautechnik aus NRW hin. Im Jahr 2002 will die Landesregierung einen Kongress zu „flexiblen Instrumenten“ des Klimaschutzes durchführen.

Fernsehen und Hörfunk des WDR sollen Lust auf Kultur machen



Kulturpolitische Aufgaben des Westdeutschen Rundfunks (WDR) war einer der Tagesordnungspunkte, die der Kulturausschuss unter seiner Vorsitzenden Renate Düttmann-Braun (CDU) in der letzten Sitzung abzuarbeiten hatte. Der stellvertretende WDR-Hörfunkdirektor und Programmchef WDR 5, Wolfgang Schmitz, und der Kulturchef des WDR-Fernsehens, Helfried Spitra, legten den Ausschussmitgliedern ihre Berichte vor.

Nach Schmitz' Worten wird das Hörfunkprogramm des WDR auf fünf Rundfunkwellen und in sechs Programmen ausgestrahlt. Für die Kultur würden am Tag einige Stunden und Sendeplätze angesetzt. Kultur werde im WDR-Hörfunk nicht nur in „Minderheitenprogrammen“, die nur eine bestimmte Klientel ansprechen, gesendet, sondern auch in „Massensendungen“ untergebracht, die möglichst viele ansprechen sollen. Der WDR-Hörfunk erreicht insgesamt täglich 7,5 Millionen Hörer, auf die Kultursender WDR 3 und WDR 5 entfielen dabei noch eine Million Hörer.

Kultur, fuhr Schmitz (oberes Bild links) fort, solle nicht mehr nur in eigens dafür vorgesehenen Sendungen gesendet werden, sondern im laufenden Programm ständig mit einfließen. Es gebe natürlich immer noch Sendungen, die speziell Gruppen mit Kultur „versorgen“ sollten. WDR 4 zum Beispiel spreche mit Sendungen wie „Klang-

körper“ eher das ältere Publikum an, während „Eins LIVE“ für das jüngere Publikum konzipiert wurde. Auch „Talkshows“, wie der „Montalk“, bei dem jeder dritte Gast aus der Kultur kommt, Hörspiele (es werden ca. 130 Sendungen im Jahr produziert, die bis zu 300 000 Hörer pro Woche haben), Spätsendungen, Sendungen zur klassischen Musik oder auch zu regionalen Belangen bieten, so der stellvertretende Hörfunkdirektor, den Zuhörerinnen und Zuhörern ein umfassendes kulturelles Angebot. Neben Vermittler sei der WDR auch Förderer von Kultur in NRW. Große Musikfestivals würden genauso unterstützt wie Kleinkunstprojekte. Der WDR sei auch Produzent und habe viele Künstler aus unterschiedlichen Bereichen angestellt. Der WDR wolle im Hörfunkbereich zunehmend „Lust auf Kultur machen“. Dazu gehörten vermehrt Hinweise auf Kulturveranstaltungen im ganzen Landesgebiet und mehr Serviceleistungen, wie zum Beispiel Informationsangebote im Internet.

Helfried Spitra (oberes Bild rechts) referierte über das Kulturangebot im WDR-Fernsehen. Der WDR arbeite nicht nur für das eigene Fernsehprogramm und das der ARD, sondern produziere auch Sendungen für ARTE, 3sat und PHOENIX. Die Themen der Sendungen würden oft auf allen diesen Kanälen gezeigt, aber mit anderer Gewichtung im Inhalt, ob nun eher populär oder eher akademisch. Der Umfang und die Qualität der Wissenschafts- und Kulturabteilung

des WDR suche in Deutschland wahrscheinlich ihresgleichen. Weiter gebe es ein umfassendes Angebot an Bildungs- und Musikprogrammen.

Sendungen wie der Kulturspiegel in der ARD, Globus, Abenteuer Erde, Kopfball oder auch die Sendung mit der Maus sind zu viel gesehene Dauerbrenner geworden, betonte Spitra. Es würden aber auch immer wieder neue Informations- und Kultursendungen ins Programm aufgenommen. Ein Beispiel sei die neu geplante Kindersendung „0-8-13“, oder eine Sendung am Sonntagvormittag, die 90 Minuten dauern wird und ein breit gefächertes Kulturangebot zeigen soll.

Für die Zukunft wolle der WDR sein Profil gezielt „schärfen“ und durch Partnerschaften mit dem Land und Firmen sein Kultur- und Informationsangebot sichern und ausbauen. *Christian Plog*

Zukunftsrat eingesetzt

In einem Schreiben an Landtagspräsident Ulrich Schmidt hat Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) mitgeteilt, die Landesregierung habe einen „Zukunftsrat NRW“ eingesetzt. Der Rat habe die Aufgabe, die Landesregierung in allen mit der Agenda 21 NRW und der nachhaltigen Entwicklung zusammenhängenden Fragen zu beraten. Die erste Sitzung soll am 17. Oktober stattfinden.

Dem Zukunftsrat NRW gehören 26 hochrangige Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Gewerkschaft, Wissenschaft, Kirche, Gesellschaft, Kultur, Sport und Medien an. Die Umweltministerin nennt ihre Namen: Professor Dr. Ursula Boos-Nünning, Rektorin der Universität Essen, Bärbel Dieckmann, Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn, Jochen Flasbarth, Präsident des Naturschutzbundes Deutschland, Dr. Thomas Fues, Eine-Welt-Beauftragter der Landesregierung, Franz Grave, Essener Weihbischof, Dieter Henrici, geschäftsführender Firmengesellschafter, Annette Hering, Bauunternehmerin, Gerburg Jahnke, Künstlerin („Missfits“), Dr. Jürgen Kluge, McKinsey-Deutschlandchef, Dr. Kora Kristof, Wuppertal Institut, Johannes Lackmann, Bundesverband Erneuerbare Energie, Ewald Liene, Trainer 1. FC Köln, Jeanine Meerapfel, Filmregisseurin, Professor Dr. Franz Nuscheler, Direktor des Duisburger Instituts für Entwicklung und Frieden, Fritz Pleitgen, WDR-Intendant, Dr. Marga Pröhl, Bertelsmann Stiftung, Professor Dr. Friedrich Schmidt-Bleek, Institut Faktor 10 in Carnoules/Provence, Marion Schmidt-Wefels, Betriebsrätin Krefeld, Nicolaus Schneider, Vizepräsident Evangelische Kirche im Rheinland, Dr. Michael Schulenburg, Cognition Deutschland, Britta Steilmann, Textilunternehmerin, Lena Strothmann, Handwerkskammer Bielefeld, Gerd Tenzer, Deutsche Telekom, Lutz Weischer, Sprecher der BUNDJugend NRW, Dr. Loretta Würtenberger, Unternehmerin, und Dr. Jürgen Zech, Vorstandsvorsitzender Gerling Versicherungs-Beteiligungs-AG.



Vor dem Sachverständigengespräch: Ausschussvorsitzende Gisela Walsken (SPD) im Gespräch mit dem Direktor des Verbandes der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen, Staatssekretär a. D. Burghard Schneider (r.), daneben (von links) Geschäftsführer Rainer Witzel und Holger Hentschel von der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG). Der Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen hat zu dieser öffentlichen Sitzung am 10. September Sachverständige hinzugezogen, um sich über die Probleme im Zusammenhang mit dem Verkauf und der Privatisierung von Wohnungsbeständen in Nordrhein-Westfalen informieren zu lassen. Dabei wurde deutlich, dass der Verkauf oder die Privatisierung von Mietwohnungen tief greifende Auswirkungen auf die Wohnungsinhaber hat. Die künftige Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt wird den zuständigen Fachausschuss weiterhin beschäftigen. *Foto: Schälte*

Der Hausbesitzer schickte umfangreiche Unterlagen mit, auch um nachzuweisen, dass seine Heizanlage regelmäßig vom Gas- und Wasserinstallateur gewartet werde. Er kritisiert auch die Verflechtung des Zentralverbands der Schornsteinfeger „mit eindeutig wirtschaftlicher Vorteilhabe“ durch die gesetzlich vorgeschriebene Abgasuntersuchung. Bei der Abgasuntersuchung für Kfz hätten Verbraucher dagegen die Wahlfreiheit zwischen zwei Überwachungsvereinen und Kfz-Meisterbetrieben, die auch gleichzeitig Reparaturen ausführen könnten. In den Verbandsunterlagen fand er Diskriminierendes über das Heizungs- und Sanitärhandwerk. Auch beschwert er sich über das Vorgehen: „Der Schornsteinfeger hinterlegt einen Zettel im Briefkasten, in dem er sein Kommen ankündigt.“ Mit dem Handwerksmeister könne dagegen viel länger im Voraus ein für beide passender Termin abgesprochen werden. Die Bereitschaft zur Eigenbeteiligung an der Verbesserung der Luftqualität und Energieeinsparung werde im Keim erstickt, wenn nach Mehrkosten bei der Anschaffung einer emissionsarmen Heiztechnik dem Verbraucher auch noch eine staatliche Kontrolle auferlegt werde, die er zusätzlich zu bezahlen habe. Der Petent kommt zu dem Schluss, hier gehe es gar nicht um Umweltschutz, sondern um Vorteile für eine Berufsgruppe.

Das um Stellungnahme gebetene Wirtschaftsministerium wies auf die 1999 erlassene „Kehr- und Überprüfungsordnung“ (KÜO NRW) hin. Danach muss nun auch die Brennwertgasheizung durch den Schornsteinfeger zweijährlich überprüft und die CO-Messung durchgeführt werden. Vor dem Erlass seien alle Fachleute und Kritiker angehört worden. Weder Hauseigentümer noch das Handwerk hätten Einwände erhoben.

Schornsteinfeger arbeiten weniger „schwarz“ Prüfen und Messen zur Gefahrenabwehr

Ein Hausbesitzer beschwerte sich beim Petitionsausschuss über den Bezirkschornsteinfeger. Er hatte in seinem Altbau vor zehn Jahren eine „umweltfreundliche und langfristig kostengünstige“ Gasheizung mit Brennwerttechnik einbauen lassen, die vom Landesbergbauamt bezuschusst wurde. 1997 erklärte ihm der Bezirkschornsteinfeger, dass seine Anlage von Messgebühren befreit sei. Jetzt jedoch solle er eine Abgasmessung durchführen lassen und dafür 52 Mark bezahlen. Seine Anlage solle jetzt alle zwei Jahre gemessen werden.



Für das Ministerium sind solche Beschwerden kein Einzelfall. Die Entwicklung zu sauberen bzw. rußfreien Verbrennungstechniken hätten das Mehrgeschäft des Schornsteinfegers in den letzten zwanzig Jahren deutlich zurückgedrängt. An die Stelle der „schwarzen Arbeit“ sei die reine Überprüfungstätigkeit getreten, stellt es fest. Die so genannte „graue Arbeit“ solle vor unsichtbaren Gefahren wie Brand oder Vergiftung bewahren und die Umwelt schützen. Sie sei für

die Bürger weniger transparent. Beschwerden betreffen meistens den Gasbereich und hier moderne Anlagen mit Brennwerttechnik. Es mache jedoch wenig Sinn, dass der Installateur sich selbst überprüfe.

Zusätzlich erläutert die Abteilung Bergbau und Energie der Bezirksregierung: Selbst bei modernsten Gasfeuerstätten gebe es Schwachstellen. So könne durch Korrosion der Abgaswege, Dichtungsverschleiß oder Verschmutzungen in den Abgasleitungen Kohlenmonoxid austreten. Insbesondere bei raumluftunabhängigen Anlagen könne bereits ein einzelner Mangel zu einer Gefährdung führen, da hier eine Lüftung des Aufstellraums nicht vorgeschrieben sei.

So nützte es dem Petenten auch nichts, dass er sich umfassend informierte, sich mit der Rechtslagen und Gutachten auseinandersetzte. „Wir haben den damaligen Veröffentlichungen und Gesetzeslagen vertraut und uns zu der teureren, aber ökologisch sinnvollen Heizungsanlage entschlossen. Und nun sollen wir nochmals draufzahlen“, klagt er und rechnet für zehn Jahre mit neuen Kosten von 900 Mark für Messen, Prüfen und Kehren. Der Petitionsausschuss konnte hier leider nicht helfen.

Krankenhaus statt Morphinium

„Seit einiger Zeit, da die Schmerzattacken immer heftiger werden, bin ich bei einer Ärztin für Schmerztherapie in Behandlung. Aber ich bekomme nur Medikamente, die nicht wirksam genug sind... Es muss doch möglich sein, dass ich ein Morphinium-Medikament bekomme, das sehr schnell die Schmerzen lindert... Oder muss ich als alter Mann von 73 Jahren nach Holland fahren, um mir dort Drogen zu besorgen?“

Das schrieb ein von den Folgen einer Bandscheibenoperation geplagter Patient aus Dortmund und bat den Petitionsausschuss, seinen Hausarzt oder seine Schmerzärztin anzuweisen, ihm Morphinium zu verschreiben. Die Schmerzen seien so heftig, dass er manchmal das ganze Haus mit seinem Schreien wecke. Die um Stellungnahme gebetene Ärztekammer Westfalen-Lippe kam jedoch nach Auskünften der behandelnden Ärzte verschiedener Fachrichtungen zu der Erkenntnis, dass der Patient mehr als ausreichend therapiert worden sei. Wegen seiner meist wetterabhängigen Schmerzanfälle werde ein stationärer Krankenhausaufenthalt empfohlen, um eine ausreichende Attackenmedikation zu entwickeln. Das teilte der Ausschuss dem Petenten mit, der jedoch dazu bisher nicht bereit war.



Zum Ausdruck ihrer Anteilnahme an den Opfern des Terroranschlags haben sich viele Menschen in das im Landtag ausgelegte Kondolenzbuch eingetragen. Unter den ersten war diese Gruppe vom Knappen-Gesangsverein Friedrich Heinrich 1912 aus Kamp-Lintfort, die einen Tag nach dem Anschlag den Landtag besuchte, und die Gelegenheit zu einer Balleidsbezeugung gegenüber dem amerikanischen Volk nutzte.

Foto: Schälte

Parlamentariergruppe besuchte das Nachbarland Polen, das in die EU strebt

Beide Seiten wollen einen dauerhaften Dialog

Sieben Mitglieder der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe des Landtags haben auf Einladung der polnischen Botschaft eine sechstägige Studienreise in das Nachbarland unternommen. Voll des Lobes kehrten die Abgeordneten nach Nordrhein-Westfalen zurück: Polen sei ein junges und nach vorn strebendes Land. Man habe außerordentlich große Gastfreundschaft erfahren und für die weitere Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen bleibende Eindrücke gesammelt. Dieses Resümee zog die Leiterin der Delegation, Edith Müller (GRÜNE), Vizepräsidentin des Landtags NRW. Sie unterstrich aber auch, Nordrhein-Westfalen wäre angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung und der dabei erreichten Wachstumszahlen gut beraten, die Zusammenarbeit mit Polen weiter zu intensivieren und seine Repräsentanz in der Republik zu verstärken. Für die Delegation ist es wichtig, dass die in Polen gesammelten Eindrücke und Informationen in die Landespolitik einfließen und rasch umgesetzt werden.

In Warschau informierten sich die Abgeordneten über den Stand der Beitrittsverhandlungen Polens mit der Europäischen Union (EU). Sie zeigten sich beeindruckt von den Reformbemühungen, die das Nachbarland unternimmt, um sich den EU-Partnerländern anzunähern. Gespräche mit dem Leiter des mit den Beitrittsverhandlungen betrauten Komitees für Europäische Integration zeigten, dass neben dem formellen auch der „spontane“ Integrationsprozess von Bedeutung ist. Hier wurden ausländische Direktinvestitionen und Kooperationen genannt und auf den hohen Wert von Partnerschaften und zwischenmenschlichen Begegnungen hingewiesen. Auch die besonderen Problembereiche Landwirt-

schaftspolitik und Arbeitsmarkt (hier spielen die so genannten Übergangsfristen eine besondere Rolle) wurden angesprochen. Das Thema Europa verließ die nordrhein-westfälischen Besucher auch nicht auf der zweiten Etappe, beim Besuch der Partnerregion Schlesien. Sie ist eine der wirtschaftlich stärksten und aktivsten Regionen Polens, die einen umfassenden Strukturwandel zu bewältigen hat: In den letzten Jahren sind 21 Zechen geschlossen worden, über 80 000 Bergleute wurden entlassen. Dieser Strukturwandel wird dort als eine der größten sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen angesehen, Hilfe und Unterstützung aus Nordrhein-Westfalen, das vor demselben Problem gestanden hat, wäre willkommen, wie die Gesprächspartner in Katowice deutlich machten. Auch hier wurde der Wunsch nach mehr Investitionen nordrhein-westfälischer Unternehmen deutlich. Auf polnischer Seite arbeitet mit Hilfe von europäischen „Vor-Beitritts-hilfen“ die Agentur für Regionalentwicklung an der Aufgabe, den Strukturwandel im Bergbau zu begleiten und arbeitslose Bergarbeiter bei ihrem Weg in eine andere Tätigkeit durch Umschulung zu unterstützen.

Sehr beeindruckt waren die deutschen Gäste vom Besuch des Zentrums für Europäische Information, eines von 30 solcher Einrichtungen, die der polnischen Bevölkerung die EU nahebringen sollen und über alle praktischen Fragen im Zusammenhang mit dem Beitritt aufklären. Aus dem ausführlichen Meinungsaustausch mit Mitgliedern des regionalen Parlaments war zu entnehmen, dass auch in Polen über Fragen der Regionen und ihre Rolle bei der Zusammenarbeit innerhalb der EU nachgedacht wird. Die Landesparlamentarier aus NRW nahmen den Wunsch der schlesischen Kolleginnen und Kollegen mit nach Hause, den Austausch zwischen beiden Parlamenten zu verstärken und zu einem dauerhaften Dialog zu gelangen.

Letzte Station des mehrtägigen Besuchs war die Visite in Krakau. Diese alte Kulturstadt zog die nordrhein-westfälischen Gäste so in den Bann, dass einige spontan versprachen: Hier kommen wir wieder hin. Der Krakau-Aufenthalt war Abschluss einer

Reise, die auch die Schattenseiten der deutsch-polnischen Geschichte nicht aussparte: In den Tagen zuvor hatten die Gäste aus NRW am Denkmal der Helden des Warschauer Aufstands einen Kranz niedergelegt. In den ehemaligen Konzentrationslagern Auschwitz und Birkenau wurde an der Mauer des Todes der Opfer des Naziterrors gedacht. Ein Gespräch mit der Leitung der Gedenkstätte vertiefte die Eindrücke ebenso wie die Besichtigung der gerade eröffneten Ausstellungshalle, die mit Hilfe der Bundesländer errichtet werden konnte. S.W.

Jugend triumphierte auf dem grünen Rasen

Es schien nur eine Frage der Zeit, bis das Runde den Weg ins Eckige des FC Landtag finden würde. Klar dominant war der Gegner im Düsseldorf-Rheinstadion — die Mannschaft des Landessportbundes, im Schnitt 15 Jahre jünger und dadurch laufstärker. Wen wundert's. Der FCL kam kaum einmal über die Mittellinie hinaus; einmal allerdings in einer außerordentlich spektakulären Weise: Jens Harmeier, der Mittelfeld-Dynamo des FCL, zog aus 30 Metern ab, die Kugel krachte an das Quergestänge, von dort an den Rücken des Keepers, blieb aber im morastigen Boden zehn Zentimeter vor der Torlinie stecken. Zu diesem Zeitpunkt hätte ein Tor für den FCL den Spielverlauf allerdings komplett auf den Kopf gestellt. Dass es zur Pause noch 0 : 0 stand, war vor allem Wolfgang Euteneuer, der eine überragende Partie im Abwehrzentrum des FCL lieferte, Torhüter Christoph Dicke, der mit mehreren Fußparaden glänzte und damit ältere Zuschauer an den legendären Club-Torwart Heiner Stuhlfauth erinnerte, sowie etlichen Schüssen zu danken, die knapp am FCL-Kasten vorbeirauschten. Die zweite Halbzeit dann konnte der FCL etwas ausgeglichener gestalten. Er zog einige gelungene Kombinationen auf, spielte nun mit und lauerte auf seine Chance. Tief in der zweiten Hälfte schlug es aber doch im eigenen Gehäuse ein. Ausgangspunkt war eine zu kurze Abwehr. Der Ball kam zurück in den FCL-Strafraum, und ähnlich wie beim Ausgleich von Michael Owen im Match Deutschland gegen England, schoß die Sturmspitze des Landessportbundes unter dem verzweifelt sich lang machenden Christoph Dicke ein. Wer allerdings gedacht hatte, der FCL würde nun zusammenbrechen, sah sich getäuscht. Im Gegenteil: Die Jungs zeigten Charakter und erspielten und erarbeiteten sich einige sehr gute Chancen. Das wiederum eröffnete nun dem Landessportbund mehr Raum, den das Team ohne Ansehen von Personen und Parlament nutzte. Nach dem 0 : 2 machte Wolfgang Euteneuer Druck aus dem Mittelfeld heraus und riss die Mannschaft nach vorne. Spielführer Günter Langen und Bernhard Tenhumberg wirbelten nun auf den Flügeln. Wolfgang Hüskens und Werner Jostmeier sicherten nach hinten ab, während Heinz Sahn von der Außenlinie coachte. Der Erfolg blieb dem FCL jedoch versagt. Ein Konter brachte das Endergebnis 0 : 3.



Ukrainische Gäste im Landtag: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen (Mitte) hat eine Delegation des Regionalen Psychiatrischen Hospitals Lemberg (Ukraine) begrüßt, die einen Besuch erwiderte, den Beschäftigte der Rheinischen Landeskliniken Langenfeld (vierte v. r. die Wahlkreisabgeordnete Gisela Ley, SPD) im letzten Jahr der Ukraine abgestattet hatten. Der Vizepräsident begrüßte den Ausbau der Beziehungen zwischen beiden Kliniken; das signalisierte das ungebrochene Interesse an einer grenzüberschreitenden Partnerschaft im zusammenwachsenden Europa.

Opposition gegen Politik der „eingeschlafenen Hand“

SPD: Schlechtreden reicht nicht

Angesichts der negativen Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes fordern die beiden Oppositionsfraktionen „Schluss mit der Politik der eingeschlafenen Hand“ (CDU-Antrag 13/1516) oder sprechen sich für ein Reformpaket zur Belebung und Modernisierung der NRW-Wirtschaft (FDP-Antrag 13/1519) aus. Nach lebhafter Debatte überwies das Plenum beide Anträge einstimmig zur Abstimmung an den federführenden Wirtschaftsausschuss.

Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvorsitzender, nannte das Verhalten des Ministerpräsidenten, der alle Warnungen der Union in den Wind geschlagen habe, „leichtfertig und unverantwortlich“. Rüttgers: „Die Menschen werden diese Arroganz bestrafen, weil sie wissen, dass man so nicht mit Menschen und mit wirtschaftlichen Situationen umgeht.“ Der Ministerpräsident sei nicht lernfähig. Er sei für eine „miserable“ Verwaltungsreform verantwortlich, versage beim Personalabbau, lasse eine Senkung der Investitionsausgaben durch den Finanzminister zu und tue nichts gegen den Investitionstau in zweistelliger Milliardenhöhe. Der Fraktionschef: „Die Substanz verfällt, und die Zukunft der jungen Generation wird durch Ihre Regierung verspielt, Herr Ministerpräsident!“

Jürgen Möllemann, Fraktionsvorsitzender der FDP, diagnostizierte, für den auf NRW ausstrahlenden negativen Trend der Bundespolitik sei Ministerpräsident Clement als stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender mitverantwortlich. Mit seinem Versprechen, die Arbeitslosenzahlen im Lande zu senken, habe er die Menschen enttäuscht, betonte Möllemann. Was jetzt gebraucht werde, sei ein Wachstumsimpuls, ausgelöst durch Flexibilisierung des Tarifrechts, durch Vorziehen der Steuerreform, durch eine Straffung der Wirtschaftsförderung auf kleine und mittlere Unternehmen im Lande und durch die Gründung eines eigenen Ministeriums für den Mittelstand.

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, kritisierte, Rüttgers rede wesentliche Elemente der nordrhein-westfälischen Wirt-

schaft in Grund und Boden, das sei kein Beitrag zur Stärkung, sondern zu Abschwächung. Das Land sei stark exportabhängig. Der eingeleitete Strukturwandel werde fortgeführt. Die Unternehmensgründungen wüchsen, der Bereich kleiner und mittlerer Unternehmen werde gestärkt, inzwischen liefen die Vorbereitungen zu einem Mittelstandsgesetz. Die SPD folge nicht dem Vorschlag der Union, in NRW flächendeckend einen Niedriglohnsektor zu etablieren. Geradezu absurd sei es, ein Vorziehen der Steuerreform 2003/2005 zu fordern: Die belaste nämlich das Land und seine Gemeinden mit 6,5 Milliarden Mark.

Sylvia Löhrmann, GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende, bestritt der Opposition, als Lehrmeister in Wirtschaftspolitik aufzutreten. Das Wort von der spezifischen NRW Wachstumsschwäche sei eine alte Mär. Sie unterstrich die wachstumsfördernde Rolle der Umweltwirtschaft; Ressourceneinsparung könne „zu einem Motor für Innovation, Kosteneinsparung, problemlösendes Wachstum und Beschäftigung werden“. Auch die Ökosteuer führe zu diesem Ziel, denn es sei besser „heute Ökosteuern als in fünf Jahren ein neuer Schub von Arbeitslosen“.

Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold (SPD) hielt dem CDU-Chef vor, er negiere die längst sichtbaren Erfolge der Förder- und der Umstrukturierungspolitik im Lande. Selbst im Ruhrgebiet, wo täglich Arbeitsplätze wegfielen, seien die neuen Strukturen schon sichtbar. Teile des Landes wie Sauerland, Siegerland, Ostwestfalen oder Münsterland hätten Arbeitslosenquoten zwischen fünf und sieben Prozent — „das sind Zahlen wie in Baden-Württemberg“. Es gehe der Opposition nicht um eine wirkliche wirtschaftspolitische Debatte, sondern um „billige Polemik und billigen Klamauk“.

Christian Weisbrich (CDU) forderte den Ministerpräsidenten zum fälligen „politischen Konkurs“ auf, wenn er zu seinen Versprechungen vor der Wahl und zur selbst gesetzten Messlatte stehen würde. So gehe Glaubwürdigkeit verloren. Kompetenzwirlwar, mangelnde Koordination und komplizierte Fördersysteme schufen Chaos in der Technologiepolitik des Landes.

Marc Jan Eumann (SPD) warf der Opposition vor, sie ignoriere den Wandel im Lande, etwa im Bereich Telekommunikation, Medien, Biotechnologie und Mikrosystematik. Ironisch hieß er CDU und FDP „in den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts, des letzten Jahrtausends“ willkommen; „denn so denken Sie“.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) erklärte, Rot-Grün habe den Reformstau aufgehoben. Der Kurs der Konsolidierung werde fortgesetzt. Die GRÜNEN hätten ein Zehn-Punkte-Programm mit dem Titel „Ecofit NRW“, nachhaltige Wirtschaft für mehr Beschäftigung, Innovation und Stabilität, durchgesetzt.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) vermisste sachliche Argumente und beharrte: Die Arbeitslosigkeit im Lande solle weiterhin halbiert werden, bis 2005 solle sie unter eine halbe Million sinken. Schon jetzt vermindere sich die Langzeitarbeitslosigkeit bei Älteren und Jugendlichen deutlich: „Das sind aber viel zu lange Schritte und viel zu wenige Erfolge. Deshalb drücke ich auf das Tempo und lege wirklich Wert auf die Zusammenarbeit mit allen.“

CDU will stärkere Finanzkontrolle

Die nordrhein-westfälische CDU will, dass die Unabhängigkeit und Transparenz der Finanzkontrolle im Lande gestärkt werden. Den entsprechenden Antrag (Drs. 13/1517) hat der Landtag einstimmig zur abschließenden Beratung an den Ausschuss für Haushaltskontrolle — federführend — überwiesen. **Michael Breuer** (CDU) wies auf den Hintergrund der Bestrebungen seiner Fraktion hin: Die öffentlichen Haushalte verschuldeten immer stärker, die Mittelbewirtschaftung sei oft unzulänglich. Die Prüfungen der Kontrollinstanzen sollten schneller erfolgen; die Rolle des Parlaments müsse gestärkt werden. Die Wahl der/des Präsident/in des Landesrechnungshofs (LRH) und des Stellvertreters sollte künftig mit Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament und mit begrenzter Amtszeit erfolgen. Für **Cornelia Tausch** (SPD) ist die geforderte neue Art der Prüfung schon jetzt nach der Gesetzeslage möglich. Die CDU wolle die Sachkunde des LRH durch die politische Bewertung der Fraktionen ersetzen. Die Vorschläge seien geeignet, die verfassungsrechtlich garantierte Unabhängigkeit des LRH auszuhöhlen. Für die FDP-Fraktion sah **Dr. Jens Jordan** die Unabhängigkeit der LRH-Mitglieder nicht gefährdet — „es sei denn, Herr Breuer, durch Ihren Antrag“. Bei verstärkten Kontrollrechten von Abgeordneten müsse der Datenschutz gewährleistet sein, gab er zu bedenken. **Edith Müller** (GRÜNE) meinte, die Parlamentarier übten die schon gegebenen Kontrollrechte nicht ausreichend aus; es sei auf Dauer keine Lösung, dass diese Funktion auf die Mitglieder des Haushaltskontrollausschusses delegiert werde, der sich einmal im Jahr mit den „Highlights“ befasse. Das sei für ein kritisches, engagiertes und aktives Parlament zu wenig, urteilte sie. **Finanzminister Peer Steinbrück** (SPD) warf ein, die im Antrag vorgesehenen weitgehenden Kontroll- und Einsichtsrechte einzelner Abgeordneter gingen sehr weit. Die Landesverfassung sehe solche weitgehenden Regelungen nur für Untersuchungsausschüsse und den Petitionsausschuss vor. Außerdem gebe es einen Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung der Regierung; der setze einen vom Parlament nicht ausforschbaren Initiativ-, Beratungs- und Handlungsspielraum voraus, betonte der Minister.



Einen eigenen Platz im Plenarsaal, aber kein Rederecht — die Präsidentin des Landesrechnungshofs, Ute Scholle. Wenn es nach der CDU-Opposition ginge, würde bei der Einbringung der LRH-Jahresberichte der/dem Präsident/in ein solches Recht vor dem Landtag eingeräumt. Foto: Schälte

Deutschen LKWs drohen große Verluste

„Zu welchen Verlagerungen von Güterverkehr von der Straße auf Schiene oder Wasserstraße ist es seit der Einführung der ersten Stufe der Ökosteuer in NRW gekommen?“ Das ist eine von vielen Fragen, die die CDU-Fraktion in einer Großen Anfrage zur Zukunft des Güterkraftverkehrs in NRW (Drs. 13/611) an die Landesregierung zusammengestellt hat. Über die Fragen und die Antworten der Landesregierung (Drs. 13/1052) debattierte der Landtag am 5. September. Alle Fraktionen beschlossen danach, die Antworten der Landesregierung durch eine öffentliche Anhörung der Fachverbände und Unternehmen des Güterkraftverkehrs zu ergänzen.

Gerhard Wächter (CDU) äußerte sich unzufrieden mit den Antworten. Es gehe um 100 000 Betriebe mit vielen Arbeitsplätzen. Der Minister berufe sich nur auf das Fachwissen eines großen Interessenverbands. Der Güterkraftverkehr werde noch um 71 Prozent wachsen. Spediteure und Logistikunternehmen in NRW müssten mehr an den Staat zahlen als ihre europäischen Nachbarn und hätten große Existenzsorgen. Die Landesregierung verschleierte die Wirkungen der Ökosteuer. Pro LKW entstünden Zusatzkosten von 15 000 Mark jährlich. Von Wettbewerbsgleichheit könne kaum die Rede sein. Auch bei der LKW-Maut würden die Weichen falsch gestellt. Bisher sei keine Kompensation in Sicht.

Hardy Fuß (SPD) erinnerte, NRW sei Schlusslicht bei der Ausstattung mit sechs-spurigen Autobahnen. Das sei Bundessache und von Unions-Verkehrsministern zu verantworten. Diese hätten NRW gegenüber Bayern hintenangesetzt, nicht nur beim Straßenbau, sondern auch bei Schienenwegen und Binnenschifffahrt. Er warf der CDU vor, sich um schnöden Tages- und Klientelvorteils willen vom Energiesparen zu verabschieden. Sie habe die Bundesrepublik einer hemmungslosen Liberalisierung zum Fraß vorgeworfen und fordere nun umfangreiche Subventionen für Gruppen in Schwierigkeiten. Das Motto sei: Harmonisieren statt subventionieren. Dass die EU-Kommission die Beihilfen für das Transportgewerbe auslaufen lasse, sei gut und

Landtag beschließt öffentliche Anhörung des Transportgewerbes

hätte früher geschehen müssen. Sozialdumping solle vermieden werden durch EU-weite Abkommen.

Christof Rasche (FDP): Durch fehlende Chancengleichheit gegenüber EU-Staaten gingen Tausende Arbeitsplätze verloren. Ein Fachverband spreche vom Sterben deutscher Transportunternehmen. Laut Landesregierung gebe es erhebliche Überkapazitäten an Frachtraum, die mit ruinösem Preiswettbewerb und Marktberingung einhergingen. Sowohl die Regierung in Berlin als auch die in Düsseldorf müssten für fairen Wettbewerb und den Erhalt der deutschen Arbeitsplätze im europäischen Güterverkehrsmarkt sorgen. Wenn Harmonisierung in der EU scheitere, müsse Rotgrün die deutschen Rahmenbedingungen denen in Westeuropa anpassen. Die FDP lehne Autobahnmaut und die Ökosteuer, die bei kleinen und mittleren Unternehmen das Fass zum Überlaufen bringe, ab.

Peter Eichenseher (GRÜNE) wies auf den zu geringen Anteil von Bahn und Binnenschifffahrt am Güterverkehr hin. Die extremen Zuwachsraten seien mit Straßenneubau nicht zu schaffen. Das Land NRW habe die Schiene gefördert und die Rückzugsstrategie der Deutschen Bahn aufgehalten. Neue Unternehmen im Schienenverkehrsmarkt müssten jetzt gefördert und Barrieren beim Netzzugang beseitigt werden. Die frühere Bundesregierung habe entfernungsabhängige LKW-Abgaben versäumt. Ausländische Konkurrenz nutze unsere Autobahnen zum Nulltarif. Die Einführung einer Maut sei zu begrüßen. Im Ballungsraum NRW dürfe es keine kostenlose Beipässe geben.

Verkehrsminister Ernst Schwanhold (SPD): Der Branche gehe es nicht gut. Einen Subventionswettbewerb dürfe es aber nicht geben. Der europäische Güterverkehrsmarkt befinde sich im Umbruch. Die NRW-Landesregierung habe sich in Brüssel massiv gegen die Wettbewerbsverzerrung verwahrt.

Die EU-Kommission gehe gegen einzelne Beihilfepraktiken vor. Verkehrsbesteuerung müsse dringend harmonisiert werden. Die geplante Maut sei dazu geeignet und solle in voller Höhe der Verbesserung der Infrastruktur von Straße, Schiene und Wasserstraße zugeführt werden. Die Landesregierung begrüße eine streckenbezogene Autobahnbenutzungsgebühr. Ein Lohn- und Sozialkostenverhältnis von zehn zu eins zwischen Deutschland und einigen anderen Ländern sei die Ursache für Probleme. Gegen illegale Beschäftigung von Arbeitnehmern bei Transporten solle im Vorgriff auf eine EU-Verordnung ein Bundesgesetz helfen. Nach dem Beitritt osteuropäischer Länder werde sich das Szenario verschärfen. Die nationalen Märkte im Straßengüterverkehr sollten erst nach angemessener Frist geöffnet werden. Nur Qualitätsanforderungen an Personal und Unternehmen seien denkbar, eine Regulierung nicht. Er erge eine Gütesiegel für Transport an. Hochwertige Logistik sei von Industrie und Handel sehr gefragt. Das NRW-Logistik-Netzwerk habe einen Wissensvorsprung verschafft.

Videotheken bleiben geschlossen

Einen FDP-Entwurf zur Änderung des Feiertagesgesetzes NRW (Drs. 13/1520) überwies der Landtag nach der ersten Lesung am 5. September in die Ausschussberatung. **Dr. Stefan Grüll** (FDP) erläuterte, auch an Sonn- und Feiertagen sollten Videotheken geöffnet sein. Auf dem Lande seien sie die einzigen Kulturträger. Auch sei das Ausleihen eine kostengünstige Variante für den Zugang zu neuen Medien. **Jürgen Jentsch** (SPD): Kirchen, Gewerkschaften und Video-Verbände sollten angehört werden, denn nur im Einverständnis mit der Gesellschaft könne die grundgesetzlich garantierte Sonntagsruhe geändert werden. **Andrea Milz** (CDU) hielt wachsende Konkurrenz durch PayTV und Video-on-demand für das wichtigste Argument. Die CDU wolle das Pro und Kontra Sonntagsruhe genau abwägen. Sie beendete ihren Beitrag mit folgendem Gedicht:

„Willst du glücklich sein im Leben,
wende dich an Möllemann,
denn da liegt du nie daneben,
der packt auch am Sonntag an.“

Oliver Keymis (GRÜNE) hielt dagegen, Videos könne man sich sechs Tage in der Woche ausleihen bis spät in den Abend. Die GRÜNEN seien für den Schutz der Sonn- und Feiertage als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung. Keymis zitierte den Papst:

„Durch die Sonntagsruhe können die täglichen Sorgen und Aufgaben wieder ihre richtige Dimension erhalten. Die materiellen Dinge, über die wir uns erregen, machen den Werten des Geistes Platz...“

Justizminister Jochen Dieckmann (SPD): Sonntag sollte laut Grundgesetz und NRW-Landesverfassung frei gehalten werden von gewerblicher Tätigkeit. 1988 habe ein Bundesgericht den Betrieb von Videotheken an Sonn- und Feiertagen untersagt. Andernfalls werde auch der Buch- und Tonträgerhandel die Aufhebung des Sonntagsverkaufsverbots fordern.

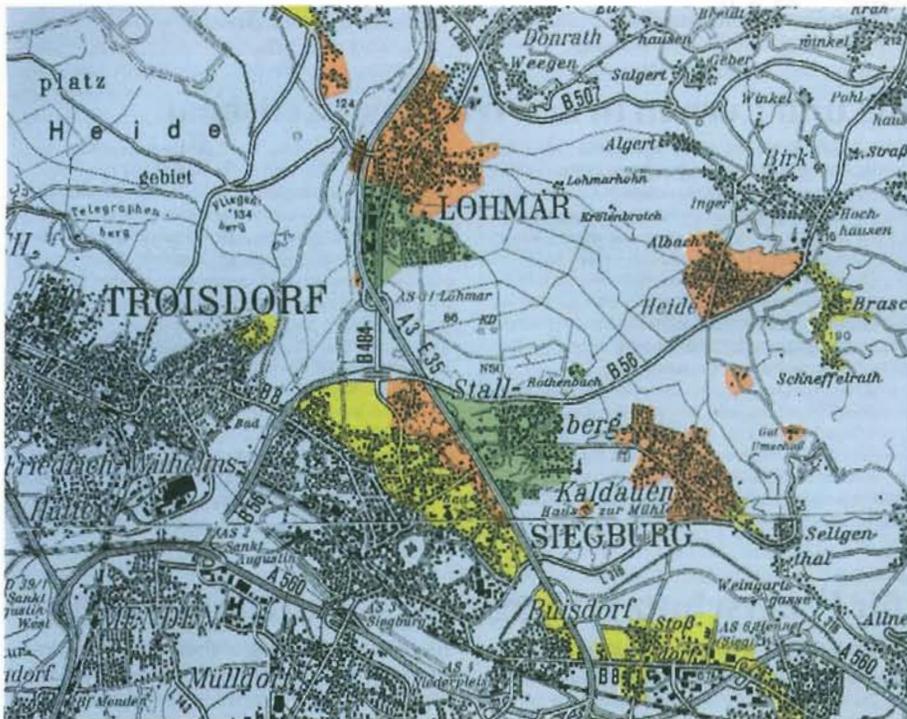
„Letztlich ist eine Marktberreinigung nicht zu verhindern“, sagte Minister Schwanhold in der Aussprache über den Güterkraftverkehr. Positiv würden sich vor allem Unternehmen mit festen Kontrakten und einer breiten logistischen Dienstleistung entwickeln. Foto: Containerverladung von der Schiene auf den LKW. Foto: DB Cargo



Nachtflugregelung in Köln/Bonn

Kernruhezeit und Verbot für Strahlflugzeuge im Frachtverkehr nicht durchsetzbar

Die EU-Kommission habe sowohl die Einführung einer nächtlichen Kernruhezeit für Passagierflugzeuge als auch das Verbot des nächtlichen Frachtflugs von Maschinen mit einem Abfluggewicht von mehr als 340 Tonnen abgelehnt. Damit sei der 22-Punkte-Katalog der 1996 in Kraft getretenen Nachtflugregelung für den Flughafen Köln/Bonn entscheidend zu Lasten der von nächtlichem Fluglärm betroffenen Anwohner entwertet. Das stellte der CDU-Abgeordnete **Hans Peter Lindlar** fest und fragte: „Welche Maßnahmen wird die Landesregierung zur Kompensation der beiden nicht durchführbaren Punkte ergreifen, um den Schutz der Menschen vor gesundheitsgefährdendem nächtlichem Fluglärm angemessen zu regeln?“



„In den Gebieten Siegburg-Stallberg und Lohmar-Süd können wieder Schallschutzmaßnahmen beantragt werden“, teilt die Flughafengesellschaft Köln/Bonn in ihrer Broschüre „Passiver Schallschutz“ mit und sagt zu, die Kosten für Lieferung und Einbau schallgedämmter Belüftungsanlagen in Schlaf- und Kinderzimmern (grüne Gebiete) zu übernehmen. Zu den bisher 11 000 Häusern (rote Gebiete) kommen 6 000 in neuen Gebieten (gelb) hinzu.

Verkehrsminister **Ernst Schwanhold** (SPD) antwortete in der Fragestunde am 5. September, die Bedenken des Bundesverkehrsministers seien durch die EU bestätigt worden. Seit November 1997 gebe es Nachtflugbeschränkungen und ein Erstattungsprogramm für bauliche Schallschutzmaßnahmen an Schlafräumen durch die Flughafengesellschaft. Das Schallschutzprogramm sei mit 170 Millionen Mark ausgestattet. Durch die Schallschutzfenster mit Lüftung werde sichergestellt, dass im Rauminneren keine höheren Einzelschallpegel als 55 Dezibel auftreten.

Hans Peter Lindlar (CDU) wies darauf hin, in Hennef-Heisterschoß gebe es pro Nacht bis zu elf Überflüge mit mehr als 75 Dezibel. **Peter Eichenseher** (GRÜNE) fragte nach einer Abwägung zwischen den Umwelt- und den Wettbewerbsbelangen und wies auf den vorläufigen Charakter der EU-Stellungnahme vom Oktober 2000 hin. **Minister Schwanhold** antwortete, beim Bund gebe es keinen weiteren rechtlichen Prüfbedarf. Zur Erfüllung der 20 anderen Punkte sei Fluggerät mit höheren Belastungen frühzeitig ausgetauscht worden. Er erwarte von der Wirtschaft leiseres Fluggerät. Am Lärmschutzprogramm arbeite der Flughafen ausgezeichnet mit. Auf Anregung der Fluglärmkommission werde überprüft, ob die Anflugrouten und steilere Anflüge und Starts die Lärmbelastung weiter reduzieren könnten. Auf eine Nachfrage von **Gerhard Wächter** (CDU) sagte er zu, den Zeitplan für die Prüfung durch die Flugsicherung zu erfragen.

Der Landtag habe, sagte er zum Hinweis von **Marianne Thomann-Stahl** (FDP), es gebe also nur noch 20 Punkte, zwei Punkte beschlossen, die rechtlich nicht umzusetzen seien. **Gerhard Wirth** (SPD) erkundigte sich nach der Planungssicherheit für den Flughafenbetreiber, für die Carrier und für die Arbeitnehmer. Darauf der Minister: Das Frachtflugaufkommen am Flughafen Köln/Bonn steige erheblich. Die hohen Investitionen der Unternehmen hingen alle davon ab, ob die Betriebsgenehmigungen bis zum Jahr 2015 eingehalten würden. Er halte den Bestand für sicher.

Gemeindeprüfung: Wie den Veränderungsbedarf umsetzen?

Der federführende Kommunalausschuss wird über den FDP-Antrag abschließend entscheiden, den das Plenum nach Erörterung Anfang September einstimmig überwiesen hat. Der Antrag (Drs. 13/1392) fordert: Die Gemeindeprüfung muss bei den Kreisen und Bezirksregierungen bleiben!

Dr. Ingo Wolf (FDP) wies den Ansatz der Landesregierung zurück, für Rechtmäßigkeitskontrolle, Verwendungsnachweise und Kassenprüfung eine zentrale Gemeindeprüfungsanstalt einzurichten. Die Installation einer neuen Behörde sei „völlig verfehlt“ und widerspreche den Zielen Bürokratieabbau und Staatsverschlinkung. Außerdem sei vorherzusagen: „Es wird teurer, und es wird natürlich ortsferner.“ Stattdessen sollten Verbesserungen innerhalb der bewährten Struktur vorgenommen werden.

Heinz Wirtz (SPD) betonte, es sei Ziel der SPD, „eine moderne und zeitgemäße Ge-

meindeprüfung im Land NRW zu haben“. Das Gutachten einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft habe in diesem Bereich erhebliche personalwirtschaftliche und ablauforganisatorische Mängel festgestellt. Das derzeitige Prüfungswesen sei ineffizient, es werde unzureichend kontrolliert. Darum solle die Gemeindeprüfung wirksamer und moderner werden. Den Kommunen werde nichts übergestülpt.

Franz-Josef Britz (CDU) stellte in der Problemanalyse (Erfordernis einer Wirtschaftlichkeitsprüfung, verbesserte Qualifikation der Prüfer und bessere landesweite Vergleichbarkeit) Übereinstimmung fest. Wie dem Veränderungsbedarf gerecht zu werden sei, stehe nicht so fest. Seine Fraktion sei der Meinung, dass eine innere Reform genüge und kein „äußeres Gebilde“ für die überörtliche Gemeindeprüfung erforderlich sei. Auch der CDU-Sprecher meldete Zweifel bei der Schätzung der Kosten für Land und Gemeinden an.

Ewald Groth (GRÜNE) riet der Opposition, über die Gemeindeprüfung zu debattieren, wenn der entsprechende Gesetzentwurf der Landesregierung vorliegt – so werde dem Parlament in einem Nachhutgefecht die Zeit gestohlen. Über das Ob einer Gemeindeprüfungsanstalt sei längst entschieden; es gehe nur noch um das Wie.

Familienministerin Birgit Fischer (SPD) meinte, Regierungspräsidenten und Landräte hätten Gelegenheit gehabt, auf die Selbstheilungskräfte des bestehenden Systems zu setzen. Man habe aber festgestellt, dass der Weg wegen der vielen Prüfungsämter „extrem schwierig, unzureichend und zu langsam“ sei. In der Anstalt arbeiteten künftig Menschen mit kommunaler Erfahrung und der Fähigkeit zu partnerschaftlicher Beratung der Gemeinden. Es würden Zuständigkeiten gebündelt, Arbeit und Abstimmung vereinfacht werden. Durch die Neuorganisation müsse „keine Mark mehr“ ausgegeben werden.

Beispielhaftes Engagement der Hospizbetreuung

„Die Hospizbewegung hat in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen zehn Jahren eine beeindruckende Entwicklung erlebt. Gemeinsam mit den vielen Menschen, die sich in der Hospizarbeit ehrenamtlich engagieren, haben wir in NRW eine Infrastruktur entwickelt, die bundesweit ohne Beispiel ist.“ Das erklärte Gisela Ley, stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises Arbeit, Gesundheit und Soziales der SPD-Landtagsfraktion, anlässlich eines Fachgesprächs zum Thema Sterbebegleitung und Sterbehilfe.

Ley machte deutlich, dass in NRW mittlerweile etwa 230 Hospiz- bzw. Hausbetreuungsdienste, 35 stationäre Hospize sowie

15 Palliativstationen mit insgesamt 108 Betten existieren, die Menschen mit weit fortgeschrittenen Erkrankungen und begrenzter Lebenserwartung in ihrer letzten Lebensphase begleiten und ihnen ein würdevolles Sterben ermöglichen. Auch von Hartmut Uebach, dem 1. Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz NRW, sei noch einmal betont worden, dass hiermit eine Infrastruktur geschaffen worden sei, auf die kein anderes Bundesland zurückgreifen könne.

Mit Blick auf die in den Niederlanden mittlerweile straffrei gestellte aktive Sterbehilfe stellte Ley fest, dass dies für die SPD-Landtagsfraktion keine Alternative zu einem flä-

chendeckenden Ausbau von Angeboten der Sterbebegleitung sei. Diese Auffassung sei auch von der überwältigenden Mehrheit der am Fachgespräch Teilnehmenden bestätigt worden, die die gesetzliche Zulassung der aktiven Sterbehilfe ablehnten. Man sei vielmehr übereingekommen, dass gemeinsam daran gearbeitet werden müsse, die Rahmenbedingungen für die Hospizarbeit weiter zu verbessern. Hierzu gehöre neben der vom Land gewährten Unterstützung des großen bürgerschaftlichen Engagements im Bereich der Hospizbewegung vor allem die Optimierung der palliativmedizinischen Angebote.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

Petersberger Modell: Schule und Lernen in der Wissensgesellschaft

Eine umfassende Reform des Schul- und Bildungssystems in NRW will die CDU-Landtagsfraktion in Angriff nehmen. Auf ihrer Klausurtagung Ende August auf dem Petersberg formulierten die Christdemokraten ihr „Petersberger Modell“. Die CDU tritt dafür ein, die Bildungsexpansion der vergangenen Jahrzehnte fortzusetzen – allerdings in neuer Qualität. In der Wissensgesellschaft der Zukunft werde lebenslanges Lernen immer wichtiger, Kinder und Jugendliche müssten darauf vorbereitet werden. Schluss machen will die CDU-Fraktion damit, den Begriff der „Begabung“ auf die theoretische Begabung zu verengen: Auch praktisch Begabte und Hochbegabte verdienen gleichwertige Förderung. Kernpunkte des Petersberger Modells: Zum Ende der vierjährigen Grundschulzeit gibt es verbindliche Gutachten, die den Weg in die weiterführenden Schulen weisen. Hier spricht sich die CDU für einen Neuanfang aus: Haupt- und Gesamtschule sollen eingehen in die neue Form der Aufbauschule, an der „Profis für die Praxis“ ausgebildet werden. Die Aufbau-

schule vereint die Vorteile beider Schulformen, ohne ihre Nachteile und ihr zum Teil schlechtes Image zu übernehmen. Nach Auffassung der CDU soll die neue Aufbauschule mit einem eigenen pädagogischen Profil, einem Ganztagesangebot und zusätzlichem Personal privilegiert werden. Wegen der Verschiedenheit von Gesamtschulen besteht neben der Möglichkeit des Eingangs in die neue Aufbauschule auch die Fortführung als Realschule oder Gymnasium – die CDU will also keinesfalls Schulstandorte schließen. Ein viergliedriges Schulsystem ist für die CDU bei zukünftig zurückgehenden Schülerzahlen nicht aufrecht zu erhalten.

Die Ausbildung an der Aufbauschule schließt nach der neunten (Berufsbildungsreife) oder zehnten (Fachoberschulreife), an der Realschule nach der zehnten Klasse ab. Das Gymnasium führt nach acht Jahren mit dem Abitur zur allgemeinen Hochschulreife. Hierbei setzt die CDU auf die Vermittlung von Verstehens- und Lernkompetenz. Die Qualität der Ausbildung an allen Schulformen wird durch zentrale Abschluss-

prüfungen sichergestellt. Die CDU-Landtagsfraktion legt Wert darauf, dass der Start in das dreigliedrige Schulsystem nicht in die Einbahnstraße führt, sondern die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen verbessert wird. Besonders wichtig ist, dass die Schüler der Aufbauschule in den berufsbildenden Schulen alle allgemeinen Qualifikationen bis hin zur allgemeinen Hochschulreife gleichwertig erwerben können. Die Kooperation zwischen den weiterführenden Schulen und den Einrichtungen der Berufsbildung muss in Zukunft verstärkt werden. Die CDU-Fraktion will die Schulen in NRW in ihrer Selbständigkeit und in ihrem Erziehungsauftrag stärken. Um die wachsenden Anforderungen erfüllen zu können, setzt die CDU angesichts ab 2005 sinkender Schülerzahlen auf kleine Schuleinheiten.

Für den schulpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Bernhard Recker, ist das Petersberger Modell „ein mutiger und großer Schritt, ein Papier, das über den Tag hinausgeht“.

Hinter Pauschalförderung für Feuerschutz verbergen sich Mittelkürzungen

Mit seiner Äußerung, die Kommunen hätten „langfristig Vorteile“ durch die Umstellung der Finanzierung des Feuerschutzes von Projekt- auf Pauschalförderung, verschleierte der NRW-Innenminister, dass die Kommunen immer weniger Geld für den Feuerschutz zur Verfügung gestellt bekommen. Diese Meinung vertritt Ingo Wolf, kommunalpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. „Seit 1998 hat das Land die Mittel für Feuerschutz und Hilfeleistungen um 40 Prozent von 130 auf 78 Millionen Mark reduziert. Darin liegt der wahre Grund für die Umstellung auf die Pauschalförderung, weil das Land somit nicht nur die Budgetverantwortung, sondern auch das Verteilungsproblem an die Kommunen weiterreicht“, sagte Wolf.

Für die Kommunen werde es immer schwieriger, für die Sicherheit der Bürger in Brandfällen zu sorgen. Während das Land die Mittel immer weiter zurückfähre, verschärfe es als Gesetzgeber und oberstes Aufsichtsorgan „in schöner Regelmäßigkeit“ die Standards, sagte Wolf. Weil der Finanzbedarf für die technische Ausrüstung und bauliche Unterbringung der Feuerwehren sich eher erhöht habe als dass er gesunken sei, habe das Land mehr und mehr Anträge der Kommunen auf Fördermittel ablehnend bescheiden müssen.

Wolf: „Aus diesem Dilemma befreit sich die Landesregierung nun mit der plötzlichen Umstellung von Projekt- auf Pauschalförderung. Während bisher einzelne Investitionen

zu einem bestimmten Prozentsatz unterstützt wurden, bekommen nun die Kommunen ein Budget, mit dem sie wirtschaften müssen. Im Prinzip ist diese Umstellung des Finanzierungssystems der richtige Weg, aber doch nicht von heute auf morgen. Die Feuerwache, die mit einem dringenden Modernisierungsvorhaben auf der Warteliste stand, muss nun erst mal mehrere Jahre sparen. Es sei denn, die Maßnahme wird aus dem Stadtsäckel finanziert.“ Angesichts chronisch leerer kommunaler Kassen und den drohenden Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuer ein für die meisten Städte und Kommunen schwierigeres Unterfangen, ergänzte der FDP-Politiker.

Marianne Hürten: Frauen in Not

Die Ergebnisse einer flächendeckenden Umfrage zur Sozialhilfepraxis in NRW bei Frauenhäusern, Sozialhilfe-, Frauen- und Schwangerenberatungsstellen verdeutlichen die Auswirkungen der seit Jahren immer wieder aufflammenden Debatte über angebliche Drückeberger und Sozialhilfemissbrauch. Tatsache ist: Frauen in sozialen Not-situationen, zum Beispiel im Schwangerschaftskonflikt, als Alleinerziehende in der Elternzeit oder als von häuslicher Gewalt Betroffene geraten immer stärker unter Druck, wenn sie beim Sozialamt zur Überbrückung ihrer finanziellen Notlage Sozialhilfe beantragen.

Insbesondere bei jungen berufstätigen Frauen, die ungeplant schwanger werden und von dem Kindsvater keine Unterstützung erwarten können,

trägt die Sozialhilfepraxis nicht dazu bei, sich für ein Kind zu entscheiden. Selbst Frauen mit ungekündigtem Arbeitsvertrag werden schon im ersten Jahr der Elternzeit zur Aufnahme einer Tätigkeit genötigt. Von anderen wird vor der Entbindung verlangt, sich nach Ablauf der Mutterschutzfrist zur Aufnahme einer Arbeit oder Ausbildung zu verpflichten. Statt umfassende Aufklärung und Beratung zu erhalten, müssen die Hilfesuchenden mit falschen Auskünften über ihre Ansprüche rechnen.

Auch Frauen, die wegen häuslicher Gewalt in ein Frauenhaus geflüchtet sind, wird im Sozialamt mit Drohungen, Betrugsunterstellungen, Demütigungen und Arroganz begegnet. Weit entfernt davon, auf die psychische Krisensituation der Frauen an-

gemessen und sensibel zu reagieren, verlangen SachbearbeiterInnen schnellstmöglichen Auszug aus dem Frauenhaus und üben Druck aus, umgehend die Wohnungszuweisung zu beantragen und trotz häuslicher Gewaltsituation den nicht-ehelichen Vater des gemeinsamen Kindes zu benennen. Migrantinnen haben noch größere Probleme. Häufig werden sie wieder nach Hause geschickt, ohne überhaupt einen Antrag gestellt zu haben.

Diese Beispiele verdeutlichen, beim Benchmarking der Sozialämter geht es anscheinend nur noch um eins: Senkung der Sozialhilfekosten um jeden Preis. Die GRÜNE-Landtagsfraktion ist der Auffassung, dass es so nicht weitergehen darf. Die Praxis der Sozialämter muss sich ändern, aber auch die Existenzsicherung für Schwangere und Alleinerziehende, zumindest in der Elternzeit.

Sicherheitskonzept für das Land abgestimmt

NRW reagiert auf Terroranschläge

Nach den schrecklichen Terroranschlägen gegen Menschen und Einrichtungen in den USA hat das Land Nordrhein-Westfalen in Zusammenarbeit von Innenministerium, Bezirksregierungen und Landeskriminalamt (LKA) ein Sicherheitskonzept abgestimmt.

Es sieht unter anderem vor, dass alle jüdischen, israelischen und amerikanischen Einrichtungen sofort verstärkt beobachtet und gesichert und die jeweiligen Sicherheitsbeauftragten einbezogen werden. Die Sicherheitsvorkehrungen bei Flughäfen und der Flugsicherung werden intensiviert, beim LKA wird eine Informationsstelle eingerichtet.

Innenminister Behrens hat im Landtag erklärt, an die 400 Polizeibeamte seien mit besonderen Sicherheitsaufgaben betraut worden, daneben stünden Hundertschaften der Bereitschaftspolizei bereit.

Die Einschätzung der Gefährdungslage wurde nach Darstellung des Landesinnenministers mit allen Bundesländern abgestimmt; wegen fehlender Hinweise auf die Herkunft der Attentäter ist sie allerdings nicht einfach zu bewerkstelligen. Als Drahtzieher werde der fundamentalistische Terrorist Osama Bin Laden vermutet, der vor drei Wochen einen noch nie da gewesenen Anschlag angekündigt hatte. Dennoch könne eine andere Täterschaft nicht ausgeschlossen werden. Weitere Anschläge anderer fundamentalistischer Gruppierungen gelten nach Meinung des Ministers als unwahrscheinlich. Aber Nachahmung könne letztlich nicht ausgeschlossen werden. Dabei müssten potentielle Täter aber von einer wesentlich erhöhten Sicherheitslage ausgehen.

Wolfgang Fröhlecke

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
 Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon: (02 11) 884 23 03, 884 23 04, 884 25 45 und 884 23 09, FAX 884 30 22
 Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender Pressesprecher des Landtags
 Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Notker Becker (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
 Herstellung und Versand: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
 ISSN 0934-9154
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Die unersättlich wuchernde Bürokratie ist für Karl Peter Brendel ein ständiges Ärgernis. „Kein Mensch hat bei dieser Regelungsdichte noch einen Durchblick“, argumentiert der FDP-Landtagsabgeordnete aus dem sauerländischen Marsberg. Und wenn alle Vorschriften auch beachtet würden, funktionierte nichts mehr. „Viele sind ohnehin Unfug und werden einfach ignoriert.“ So erinnert er sich an eine Auflage beim Bau einer Kindertagesstätte in seiner Heimatstadt, für jedes Kind eine Schlafstelle bereitzuhalten. „Die Kinderbetten stehen heute noch verpackt auf dem Boden.“

Zusammen mit der Vereinigung liberaler Kommunalpolitiker hat der 46-Jährige denn auch einen Gesetzesentwurf erarbeitet, nach dem jedes Gesetz eine zeitliche Befristung erhalten soll. „Läuft sie aus, ist das Gesetz weg, es sei denn, es wird ausdrücklich bestätigt.“ Mit einer solchen gesetzlichen Regelung lässt sich der Bürokratieabbau nach seiner Einschätzung leichter realisieren als mit allen Appellen. Für das Regelungsdickicht macht Karl Peter Brendel allerdings auch die Bürger mitverantwortlich. „Sie erwarten, dass der Staat alles regelt, und dann beklagen sie diesen Zustand.“

Der gebürtige Marsberger studierte nach dem Abitur Rechtswissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum. Während der Referendarzeit am Paderborner Landgericht besuchte er die Verwaltungshochschule in Speyer und gründete 1984 mit seiner späteren Ehefrau sowie einem Studienkollegen eine Anwaltskanzlei mit Schwerpunkt Mietrecht. Seit Anfang letzten Jahres auch Notar, engagierte sich der Marsberger auch im Vormundschaftsbereich. Beide Tätigkeiten setzt er auch nach seiner Wahl in den Landtag fort, „weil man als Abgeordneter den Blick für die Wirklichkeit schnell verlieren kann“.

Bereits mit 16 Jahren trat Karl Peter Brendel der FDP bei und übernahm später mehrere Führungsämter auf Kreis- und Landesebene und organisierte zahlreiche Wahlkämpfe. Seit längerem ist er stellvertretender Vorsitzender des Bezirkes Westfalen-Süd seiner Partei.



Karl Peter Brendel (FDP)

Auch betätigt sich der Freidemokrat schon viele Jahre kommunalpolitisch. So war er 1989/94 Vorsitzender der FDP-Fraktion des Kreistages des Hochsauerlandkreises und nach dem Wiedereinzug der Liberalen 1999 wurde er erneut in diese Führungsrolle gewählt. Seit der letzten Kommunalwahl gehört der Vater von zwei Kindern auch dem Marsberger Stadtrat an.

Mit seiner Wahl in das Düsseldorfer Landesparlament im Frühjahr 2000 hatte der Sauerländer nicht im entferntesten gerechnet – hatte er doch den Listenplatz 20. „Eine aussichtslose Position“, meint er rückblickend. Doch nach dem großen Wahlerfolg der Liberalen „zog“ die Reserveliste sogar bis Platz 24.

Die FDP-Fraktion berief ihn dann in den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturenreform, wo er dessen stellvertretender Vorsitzender wurde sowie in den Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen. Auch im letzteren Parlamentsgremium sieht der Liberale bei der Wohnungsbauförderung einen großen Handlungsbedarf. Sie sei überreguliert und daher unflexibel und teuer, kritisiert er. Außerdem gehört er der Enquetekommission „Zukunft der Städte“ an. Alle drei Gremien tangiert auch der aktuelle Bereich Integration.

Neben Beruf und Mandaten verursacht die Fahrt des Sauerländers zwischen Marsberg und Düsseldorf einen großen Zeitaufwand. „Das sind jeweils drei Stunden in beide Richtungen, da ist Freizeit ein Fremdwort.“

Jochen Juretko

Eckhard Uhlenberg, CDU-Landtagsabgeordneter, ist Anfang September auf dem Parteitag des CDU-Bezirks Sauer-/Siegerland mit 96 von 98 abgegebenen Stimmen als Bezirksvorsitzender wieder gewählt worden. Stellvertreterin bleibt die Fraktionskollegin **Monika Brunert-Jetter**. Zu Beisitzern wurden die Landtagsabgeordneten **Volkmar Klein** und **Theodor Kruse** (alle CDU) gewählt.

Helga Block, Leitende Ministerialrätin im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen ist vom Landeskabinett zur neuen Landeswahlleiterin ernannt worden. Sie tritt in diesem Amt die Nachfolge von **Eckard Dahnke** an, der im Sommer dieses Jahres in den Ruhestand gegangen ist. Die Beamtin leitet die Abteilung I des Innenministeriums, die für die Bereiche Verfassung, Datenschutz, Ausländer- und Asylangelegenheiten zuständig ist.

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 21. September bis 8. Oktober 2001

21.09. **Dieter Hilser** (SPD) 48 J.

24.09. **Heinz Hardt** (CDU) 65 J.

25.09. **Dr. Heinz-Jörg Eckhold** (CDU) 60 J.

26.09. **Winfried Schittges** (CDU) 55 J.

02.10. **Michael Breuer** (CDU) 36 J.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Anette Breitbach-Schwarzlose gestorben



Nach längerer Krankheit ist die SPD-Abgeordnete Anette Breitbach-Schwarzlose (Bild) im Alter von 49 Jahren gestorben. Die engagierte Jugendpolitikerin gehörte dem Landtag seit dem 2. Juni 2000 an, wo sie den Wahlkreis 12 Erftkreis II vertrat. Die graduierte Betriebswirtin wurde in Braunschweig geboren und wohnte in Bergheim. Dort arbeitete sie kommunalpolitisch im Rat der Stadt und als stellvertretende Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Bergheim-Mitte. Der SPD trat sie 1990 bei. Im Landtag der 13. Wahlperiode setzte sie sich in den Ausschüssen für Kinder, Jugend und Familie sowie für Schule und Weiterbildung mit großem Engagement für die Belange von Kindern und Jugendlichen ein. Stellvertretend gehörte sie zudem dem Petitionsausschuss und dem Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung an. Anette Breitbach-Schwarzlose hinterlässt ihren Ehemann und zwei Kinder.

Personalien

Herbert Reul, CDU-Landtagsabgeordneter aus Leichlingen, ist für weitere zwei Jahre Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Rheinisch-Bergischer Kreis. Reul, der auch Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen ist, wurde auf dem Kreisparteitag in Bergisch-Gladbach in seinem Amt bestätigt. Er führt die rheinisch-bergische Union seit 1990.

Heinz Hardt, CDU-Fraktionsgeschäftsführer, ist auf der Jahreshauptversammlung der Deutschen Verkehrswacht zum neuen Präsidenten gewählt worden. Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen aller Landtage ist seit 1995 Präsident der Landesverkehrswacht NRW.



Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU) ist am 25. September 60 Jahre alt geworden. Der gebürtige Oberhausener ist Vorsitzender des Landtagsausschusses für Schule und Weiterbildung und gehört als ordentliches Mitglied zudem dem Ausschuss für Frauenpolitik an. Stellvertretend ist er Mitglied im Arbeitsausschuss, im Ausschuss für Kommunalpolitik und im Ausschuss für Migrationsangelegenheiten. Der ausgebildete Lehrer (Fächer Deutsch, Geschichte und katholische Religion, Promotion 1977) war von 1971 bis 1978 im Schuldienst, danach Mitarbeiter im Bistum Essen. Seit 1994 ist er Direktor des „Instituts für Soziale Bildung“ im Essener Bistum. 1959 trat Eckhold der CDU bei. Nach Funktionen als Vorsitzender der Jungen Union in Oberhausen, Stadtbezirksvorsitzender und Kreisverbandsvorsitzender ist er seit 1992 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat. Dem Landtag gehört der Vater eines Kindes seit 1995 an; in den 13. Landtag ist er über die Landesliste der CDU eingezogen.

Ein Blick in die Vergangenheit

kann derzeit beim westfälischen Marsberg geworfen werden: Archäologen und Helfer der Grabungsmannschaft des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe haben an den Ufern der Diemel die Villa Twesine, ein Bodendenkmal von überregionaler Bedeutung und hohem wissenschaftlichem Wert, freigelegt. Es handelt sich dabei um Siedlungsreste, die bis in die Zeit Karls des Großen zurückreichen und das älteste Marsberger Gewerbegebiet darstellen. Hier wurde im Frühmittelalter Kupfererz verhüttet; 30 ausgegrabene Öfen zeugen von der früheren Beschäftigung der Bewohner. Hunderte von Pfostenlöchern ergeben Rückschlüsse auf die Bebauung, von der bisher 18 frühmittelalterliche Grubenhäuser und drei Keller nachgewiesen werden konnten. Die Archäologen fanden zudem eine ganze Reihe von Keramikscherben, bunten Schmuckperlen, Tierknochen und einen Knochenkamm. Aber auch eiserne Waffenreste wie die abgebildete Lanzenspitze kamen ans Tageslicht. Kreislauf der Geschichte: Das alte Gewerbegebiet wurde ausgegraben, weil es einem Gewerbegebiet der Neuzeit weichen muss. Foto: Landschaftsverband